

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
**J. B. C. Meyer.**  
Telefon: Traut Dörfel 4196/4198



**Anschrift für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Telegraphisch: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Juni 1932.

Die Notverordnungstruppe.  
-----  
Hitlers SA ist legalisiert.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der Reichspräsident und das Kabinett der Barone haben das Kernstück des politischen Paktes zwischen Schleicher und Hitler ratifiziert. Die sogenannte politische Notverordnung ist am Donnerstag bekanntgegeben worden, sie tritt am Freitag, den 17. Juni in Kraft. Das politische Notrecht, das durch frühere Notverordnungen geschaffen worden ist, wird durch diese Notverordnung zusammengefasst und im wesentlichen auch weiterhin in Kraft bleiben. Die Kodifizierung, die übersichtliche Gestaltung des geltenden Notrechts aber sind alles nur Nebenerscheinungen technischer Art. Was gegenüber früher geändert worden ist, sind jene Punkte, die sich auf die Bürgerkriegs-Armee des Herrn Hitler beziehen. Die Kernpunkte dieser Verordnung sind: die Bürgerkriegs-Armee des Herrn Hitler SA und SS darf offiziell wieder aufgezogen werden. Sie darf sich uniformiert zeigen, sie darf marschieren.

Diese Notverordnung ist der Kaufpreis für die Tolerierung des Kabinetts Schleicher-Papen durch die Nationalsozialisten. Sie ist die politische Grundlage, auf der sowohl das Kabinett als auch sein Hungerdiktat gegen das Volk ruhen!

Wenn künftig die SA und die SS des Herrn Hitler in ihren neuen Uniformen, den Notverordnungsjacken, auf der Strasse erscheint, so werden alle Opfer der Hungerverordnung des Kabinetts der Barone erkennen, wer die Verantwortung für das Hungerdiktat trägt.

Die Bedeutung dieser politischen Notverordnung geht aus ihrer Vorgeschichte hervor. Am Anfang der Entwicklung, die zu dieser Notverordnung geführt hat, stand ein Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten. Er war die Einleitung zu jenem Pakt, der zwischen dem jetzigen Reichswehrminister von Schleicher und Hitler geschlossen worden ist. In diesem Pakt ist Hitler die Befreiung der SA zugesagt worden und Hitler hat in allen folgenden Wechselfällen auf seinem Schein bestanden. Es scheint, dass Herr von Schleicher sich die Entwicklung anders vorgestellt hat und dass ihm die Schwierigkeiten und die Gefahren des Paktes, auf den er sich eingelassen hat, erst später zum Bewusstsein gekommen sind! Als der Plan bekannt wurde, das SA-Verbot und das Uniformverbot aufzuheben und die SA marschieren zu lassen, erhob sich ein Sturm der Empörung in allen Kreisen, die den politischen Frieden in Deutschland wollen. Die süddeutschen Länderregierungen erhoben die schärfsten Vorstellungen gegen diesen Plan und diese Vorstellungen haben dazu geführt, dass das neue Reichskabinett schwankend wurde und zögerte. An diesem Punkte setzte neuer Druck der Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Organe auf die Regierung Schleicher-Papen ein. Hitler berief sich auf die Zusicherungen, die ihm gegeben worden waren. Die Reichsregierung stand vor der Wahl, entweder vor dem Druck Hitlers zurückzuweichen oder die dürftige politische Grundlage ihrer Existenz völlig zu zerstören. Sie hat den Pakt bekräftigt. Nach einem Besuch Hitlers und Görings bei Herrn von Papen wurde der Beschluss gefasst trotz dem stürmischen

Proteste der süddeutschen Länder das SA- und Uniformverbot aufzuheben. Die Fesselung des Kabinetts von Papen-von Schleicher an einen Pakt mit Hitler ist in den letzten Tagen ganz offensichtlich geworden. Alle jene Verbände, die mit dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl vor dem Erlass der politischen Notverordnung verhandelt haben, haben den bestimmten Eindruck gehabt, dass der Reichsinnenminister sich der Gefahren des Experiments der Befreiung der SA voll bewusst war, dass er aber in seinen Entschliessungen an politische Vereinbarungen gefesselt war.

Dieser Zwiespalt tritt in der Begründung, die die Reichsregierung der politischen Notverordnung auf den Weg gibt, wie in dem Warnungsschreiben Hindenburgs klar zu tage. In der Begründung heisst es :

"Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, dass gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich hierin getäuscht sehen und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiuniformen Zusammenstösse zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufsichtsrecht die Handhabe bietet, gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten."

Schlechter und unlogischer ist noch niemals eine derart gefahrvolle Massnahme begründet worden! Ein Blick auf die letzten Vorgänge in Hessen genügt, um zu zeigen, wie fehlerhaft die Voraussetzungen sind, von denen diese Begründung ausgeht. Dort hat eine Lockerung des Demonstrationsverbots dazu geführt, dass der Terror der Hitlerschen Bürgerkriegsbanden gegen politisch Andersdenkende in schamlosester, brutalster und blutigster Form offen wieder aufgeflammt ist!

Die Begründung der Reichsregierung wie das Warnungsschreiben Hindenburgs lassen erkennen, dass man sich dort der Gefahr des Experiments dieses Paktes mit Hitler voll bewusst ist! Musste ein Experiment angestellt werden, das so überaus gefährlich auslaufen kann? Unter der Regierung Brüning's ist es möglich gewesen, ohne den Belagerungszustand durchzukommen. Aus dem Schreiben des Reichspräsidenten ist ersichtlich, dass für den Fall, dass das Experiment fehlschlägt, der Belagerungszustand ernsthaft in Aussicht genommen wird. Wenn er nötig wird, so wird er die Folge des Experimentes sein, und die Verantwortung dafür trägt in vollem Umfange das Kabinett Schleicher-Papen!

Die Aufhebung des SA-Verbots bedeutet eine ernsthafte Bedrohung der republikanischen Bevölkerung. Sie muss dieser Bedrohung entschlossen ins Auge sehen. Sie wird sich nicht terrorisieren lassen!

-----

SPD. Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gayl folgendes Schreiben gerichtet :

"Sehr geehrter Herr Reichsminister! Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, dass der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und dass Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfügbarmässigen Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben. Mit freundlichen Grüssen bin ich Ihr ergebener

gez. von Hindenburg."

-----

SPD. Wie vom Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, wird das preussische Demonstrationsverbot durch die neue Notverordnung gegen politische Ausschreitungen nicht berührt, da das Demonstrationsverbot in Preussen auf Grund einer Vorschrift der Reichsverfassung erlassen worden ist.

Die bayrische Regierung teilt amtlich mit: Das am 10. Juli 1931 erlassene und durch Anordnung vom 30. März 1932 bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel in Bayern einschliesslich der Aufzüge und Propagandafahrten, gleichviel ob uniformiert oder nicht uniformiert, bleibt durch die Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt. Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufzüge jeder Art sind also nach wie vor im Gebiet des Freistaates Bayern verboten. Nach der neuen Notverordnung werden nunmehr alle Zuwiderhandlungen gegen die auf Artikel 123, Absatz 2, der Reichsverfassung gestützten Anordnungen dieser Art und damit auch Zuwiderhandlungen gegen das bayerische Aufzugsverbot mit Gefängnis bestraft. Ueber das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften ergehen.

Wie aus Baden amtlich mitgeteilt wird, hat der Minister des Innern mit Rücksicht auf die in Baden gegebenen Verhältnisse entsprechend einer früheren badischen Regelung ein allgemeines Uniformverbot ausgesprochen. Auch das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Reichsverordnung unberührt. Das Verbot von Geländeübungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

SPD. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 enthält in ihren fünf Abschnitten folgende Bestimmungen:

Abschnitt I: Versammlungen und Aufzüge.

Nach § 1 können öffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufgelöst werden, 1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmässigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird; 2. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; 3. eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; 4. zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird.

Nach § 2 ist die Polizeibehörde befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden. Die Beauftragten müssen sich dem Leiter der Versammlung zu erkennen geben, der ihnen einen angemessenen Platz einräumen muss. Bei Verweigerung der Zulassung des Beauftragten kann die Versammlung aufgelöst werden.

Nach § 3 ist die Polizeibehörde verpflichtet, dem Leiter der Versammlung die Gründe für die Auflösung mitzuteilen, falls dieser das binnen drei Tagen beantragt. Die Auflösung kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

Nach § 4 kann der Reichsminister des Innern für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile anordnen, dass öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel: 1. der Ortspolizeibehörde vorher anzumelden sind; 2. verboten oder statt dessen unter einer Auflage genehmigt werden können; 3. aufgelöst werden können, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind, oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird. Zuwiderhandlungen können mit Gefängnisstrafe und Geldstrafe geahndet werden.

## Abschnitt II: Periodische Druckschriften.

Der § 5 bestimmt, dass Schriftleiter und Verleger einer periodischen Druckschrift verpflichtet sind, amtliche Kundgebungen und amtliche Entgegnungen (sogenannte Auflagennachrichten) unentgeltlich aufzunehmen. Oberste Landesbehörden können die Aufnahme einer Kundgebung nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. (Eine Beschränkung, die neu ist.) Der Abdruck hat unverzüglich zu erfolgen, eine Stellungnahme zu einer Entgegnung ist in der gleichen Nummer unzulässig. Der Reichsminister des Innern kann über die Art und Weise des Abdrucks Vorschriften erlassen und die Zahlung einer Vergütung vorschreiben, wenn der Abdruck einen bestimmten Umfang überschreitet.

§ 6 enthält die Neuregelung der Verbotgründe für periodische Druckschriften. Periodische Druckschriften können hiernach verboten werden:

1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmässigen Regierung aufgefordert oder angereizt wird;

2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

3. wenn in ihnen eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

4. wenn in ihnen eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, dass unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden;

5. wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann;

6. wenn den Vorschriften des § 5 (Auflagennachricht) oder den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften zuwidergehandelt wird.

Die Verbotsdauer darf bei Tageszeitungen 4 Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Ein auf Grund des Republikenschutzgesetzes erlassenes Verbot umfasst auch sämtliche Kopfbblätter sowie jede Ersatzdruckschrift.

Nach § 7 sind zuständig für den Erlass von Verboten periodischer Druckschriften die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen das Verbot ist die Beschwerde an einen Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich der Oberlandesbehörde vorzulegen. Hilft diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich an den Reichsminister des Innern weiterzuleiten. Der Reichsminister des Innern kann der Beschwerde abhelfen oder sie dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorlegen. Gegen eine Entscheidung des Reichsministers des Innern kann die oberste Landesbehörde die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts anrufen. Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen. In Streitfällen kann die oberste Landesbehörde, wenn sie einem solchen Ersuchen nicht entsprechen will, das Reichsgericht anrufen. Erklärt dieses das Verbot für nicht zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen.

Nach § 8 muss ein Verbot auf Grund dieser Verordnung oder des Republikenschutzgesetzes ohne sachliche Nachprüfung sofort aufgehoben werden, wenn die Beschwerde nicht spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung der Stelle zugeleitet ist, die sie dem Reichsgericht vorzulegen hat.

## Abschnitt III: Politische Verbände.

§ 9. 1. Politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, sind auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet, ihm ihre Satzungen und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen und daran jede Änderung vorzunehmen und

jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält.

2. Ob ein Verband diesen Vorschriften unterliegt, entscheidet endgültig der Reichsminister des Innern.

§ 10. 1. Verbände, die einer Verpflichtung aus § 9 nicht nachkommen, können vom Reichsminister des Innern aufgelöst werden. Der Reichsminister des Innern kann dabei Bestimmungen über die Sicherstellung von Gegenständen treffen, die sich zur Zeit der Auflösung im Besitz des aufgelösten Verbandes oder eines seiner Mitglieder befinden und den Zwecken des Verbandes gedient haben oder zu diesen bestimmt gewesen sind.

2. Gegen die Anordnung der Auflösung ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Beschwerde zulässig, die beim Reichsminister des Innern einzureichen ist; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet der nach § 7 dieser Verordnung zuständige Senat des Reichsgerichts.

#### Abschnitt IV: Strafbestimmungen.

Der Abschnitt IV enthält in den §§ 11 bis 18 die Strafbestimmungen für eine Reihe von Verstößen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

§ 11 bestimmt, dass mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wird, wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt, es sei denn, dass die Tat nach anderen Vorschriften bereits mit einer höheren Strafe bedroht ist.

§ 12 bestimmt, dass auf Gefängnis nicht unter einem Monat, im Fall der gefährlichen Körperverletzung jedoch auf Gefängnis nicht unter drei Monaten zu erkennen ist, wenn eine vorsätzliche Körperverletzung aus politischen Beweggründen begangen ist. Mildernde Umstände dürfen in diesem Falle nicht zugebilligt werden.

§ 13 bestimmt, dass mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft wird, wer eine Schusswaffe unbefugt führt oder eine Gewalttat mit ihr begeht oder androht.

§ 14 bestimmt, dass mit Gefängnis bestraft wird, wer einem auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Versammlungs- oder Aufzugsverbot zuwiderhandelt, oder wer sich an einem Verband beteiligt, der auf Grund des § 10 aufgelöst worden ist.

§ 15 bestimmt, dass mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft wird, wer als Veranstalter einer Versammlung dem Beauftragten der Polizei die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert, oder wer sich nach Erklärung der Auflösung nicht sofort entfernt.

§ 16 bestimmt, dass die Herausgabe, der Verlag, der Druck und die Verbreitung einer periodischen Druckschrift, die verboten worden ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen ist. Ausserdem kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 17 gestattet es der Polizei, Personen in polizeiliche Haft zu nehmen, die auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe begründet wird. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit können solche Personen so lange festgehalten werden, als dies die öffentliche Sicherheit erfordert. Die Polizeihaft ist aber aufzuheben, wenn die gerichtliche Untersuchungshaft verhängt ist oder wenn drei Monate seit der Inhaftnahme vergangen sind. Gegen die politische Haft ist die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg zulässig. Bestreitet der Verhaftete die Tat, so hat der Amtsrichter des Bezirks eine Entscheidung zu treffen.

§ 18 setzt fest, dass das Verfahren nach § 212 der Strafprozessordnung auch dann zulässig ist, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt, noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird.



#### Abschnitt V: Ueberleitungs- und Schlussvorschriften.

§ 19 bestimmt hier, dass die Durchführungsvorschriften für diese Verordnung vom Reichsminister des Innern erlassen werden. Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, von dem Reichsminister des Innern, soweit es sich um Landesbeamte handelt, von den Landesregierungen bestimmt.

§ 20 bestimmt, dass die Verordnung mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft tritt. Sie tritt an Stelle der sieben bisherigen Verordnungen, die in diesen Fragen erlassen waren, die also vom Freitag ab ausser Kraft gesetzt sind. Es sind dies die Verordnungen vom 28.3.31; vom 17.7.31; §§ 2, 5 und 7 des siebenten Teils vom 6.10.31; das Kapitel 2 des achten Teils der Verordnung vom 8.12.31 (Uniformverbot) des Artikels II der Verordnung vom 17.3.32; der Verordnung vom 13. April 1932 (SA- und SS-Verbot); Notverordnung vom 3. Mai 1932.

Nach § 21 treten Verbote periodischer Druckschriften, die auf Grund einer der Vorschriften gemäss § 20 erlassen worden waren, mit dem Inkrafttreten der Verordnung ausser Kraft.

§ 22 ordnet an, dass nach den Grundsätzen des Strafgesetzbuches die milderen Strafen zur Anwendung zu bringen sind.

Nach § 23 dürfen Strafen nicht mehr vollstreckt werden, wenn jemand wegen einer Tat verurteilt worden ist, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar ist.

Nach § 24 werden von Gesamtstrafen straffrei gewordene Teilstrafen in Abzug gebracht.

Nach § 25 können bestimmte Strafmilderungen eintreten.

Nach § 26 sind Vermerke über Strafen, die nach der neuen Verordnung nicht mehr strafbar sind, auf Antrag des Verurteilten im Strafregister zu tilgen.

-----

SPD. Paris, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Die auf dem letzten sozialistischen Parteitag gewählte Verwaltungskommission ist am Mittwoch abend zum ersten Male zusammengetreten und hat ihren neuen Vorstand gewählt. Paul Faure wurde zum Generalsekretär, Séverac zum stellvertretenden Generalsekretär und Grandvallet zum Schatzmeister wiedergewählt. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes sind Lebas, Zyromski, Grumbach, Michaut und Hauck, von denen die drei letzten den rechten Flügel der Partei vertreten. Dieser hatte im vorigen Vorstand nur einen Vertreter.

-----

SPD. Lausanne, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Um 10 Uhr heute vormittag fand im würdig ausgeschmückten Festsaal des Hotel Beau Rivage die feierliche Eröffnungssitzung der Lausanner Konferenz statt. MacDonalds Programmrede zeigte deutlich, dass sich der Stoff der Beratungen auf Reparationen und Weltwirtschaftsfragen beschränken wird. Sie gab die Bereitschaft der Gläubigerländer zu verstehen, auch unter Opfern auf Zahlungen Deutschlands zu verzichten und stellte als Preis des Verzichts in allgemeiner Form den Anspruch auf eine politische Ruheperiode auf, die wohl hauptsächlich ein Verzicht Deutschlands darstellen soll, für eine bestimmte Zeit auf jede Revisionspolitik zu verzichten.

Sofort zu Beginn der Sitzung schlug Herriot im Namen der einladenden Länder vor, MacDonald zum Präsidenten der Konferenz zu wählen; unter starkem Beifall erfolgte die Wahl einstimmig. Seine grosse Programmrede begann MacDonald mit der Feststellung, die Augen der ganzen Welt seien wie niemals zuvor auf diese Konferenz gerichtet in der Hoffnung auf Verständigungen zur Beendigung der Krise. Man stehe nahe vor einer Weltkatastrophe. Nichts sei

kleiner als die Welt, nichts geringer als ein System, das rundum zusammenstürze. In dieser Krise seien Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika, England nicht vom Rest der Welt ausgeschlossen. Habe man seither eine Politik verfolgt, welche die einfachsten Wirtschaftsgesetze verletzt habe, so müsse die gesunde Vernunft unweigerlich und ohne Zögern zu besseren Wegen führen und zur Verpflichtung, den Preis zu zahlen, den solche Irrungen gekostet hätten. Ueber eine der Ursachen des Niedergangs, die finanzielle Erbschaft des Krieges, soweit sie Rückwirkung auf die Weltwirtschaft habe, müsse man zu einer Verständigung kommen. MacDonald unterstrich die Feststellungen der Baseler und Genfer Sachverständigen-Gutachten, die eine rasche Lösung der Reparationsfrage als unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung bezeichnet haben. Es handelt sich nicht nur um ein technisches, sondern um ein Problem weiter Prinzipien. Ein Prinzip dränge sich allen Teilnehmern auf, nämlich dass Verpflichtungen nicht einseitig aufgesagt werden könnten. Wenn aber Zahlungsunfähigkeiten vermieden werden sollten, so müsste durch Verständigung festgestellt werden, dass alle Verpflichtungen unausführbar geworden seien. Bei jeder Verständigung müsse jede Partei den Tatsachen Rechnung tragen. Unter diese Tatsachen handle es sich nicht nur um die Feststellung, ob Pläne unerträgliche Lasten ausgelöst hätten, sondern auch, in welchem Masse sie durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Schwäche zu dem beklagenswerten Zustand der heutigen Welt beigetragen hätten.

Die Arbeit der Konferenz müsse auch die Einflüsse umfassen, die an der Zerstörung Aller arbeiteten. Europa könne hierin nicht allein handeln und man müsse die Versicherung begrüssen, dass nach Beendigung der jetzigen Phase der Arbeiten die Vereinigten Staaten die Konferenz ermutigt hätten zum Glauben an ihre Mitarbeit an einigen der grössten Probleme. In Lausanne könne kein voller Erfolg möglich sein ohne den Erfolg der Abrüstungskonferenz. Es gelte eine Periode der dauerhaften politischen Ruhe herzustellen, in der die Völker nach Regelung ihrer Angelegenheiten nicht mehr durch die Furcht vor Krieg und Kriegsgerüchten verwirrt werden könnten. An einem Punkte der Konferenzverhandlungen werde vermutlich diese Frage angepackt werden müssen. Die Völker warteten sehr darauf, selbst unter grossen Opfern heroisch dem Rufe der Konferenz zu folgen. Er flehe daher die Konferenz an, nichts zu fürchten ausser der Schwäche. (Stürmischer Beifall.) Die Konferenz wählte einstimmig Sir Hankey zu ihrem Generalsekretär. Heute nachmittag wird eine erneute Beratung der sechs einladenden Mächte das Arbeitsprogramm für die erste Arbeitssitzung morgen früh aufstellen.

-----

SPD. Rom, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Sondergericht zum Schutze des faschistischen Staates hat am Donnerstag mittag das zweite Todesurteil ausgesprochen, nachdem es um Mitternacht die Anträge des Staatsanwalts in dem ersten Prozess vollauf bestätigt hat. Der Kohlengrubenarbeiter Sbardelotto hat auch in der kurzen Verhandlungen seine Absicht nicht geleugnet, auf Mussolini ein Attentat zu verüben. Das Todesurteil, das nach einer Beratung von nur 7 Minuten verkündet wurde, nahm er gefasst auf. Er weigerte sich auch, das von seinem Verteidiger vorbereitete Gnadengesuch zu unterschreiben.

-----

SPD. Dresden, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Wegen der niederdrückenden Kürzungen der Unterstützungssätze kam es heute vormittag in Dresden zu grösseren Ansammlungen vor dem Rathaus Pieschen. Die Polizei musste die Menge mit Hilfe von Gummiknütteln auseinandertreiben und mehrere Personen festnehmen. Ebenso musste sie auch vor dem Rathaus in der

Vorstadt Löbtau eingreifen und Kundgebungen auf der Rosen-, Friedberger-, der Breiten und der Tharanderstrasse sowie in Leuben zerstreuen. In Pieschen wurden sechs Personen festgenommen und drei sistiert. In der Rosenstrasse wurde ein Mann festgenommen, der in ein Schuhgeschäft eingedrungen war.

-----

SPD. Vor einigen Tagen brachte die nationalsozialistische Presse gross aufgemacht eine Nachricht, wonach die Stettiner Bauhütte und der Berliner Bankier Schönherr sich das Verbrechen der Devisenschlebung hätten zuschulden kommen lassen. Daran knüpfte die nationalsozialistische Presse die Bemerkung, dass die sozialen Baubetriebe überhaupt Devisen verschoben hätten und dass sich hier ein Skandal vorbereite, der noch schlimmer sei als der Barmat- und der Sklarek-Skandal.

Wir konnten sofort richtig stellen, dass es sich überhaupt um keine Devisenschlebung handelt. Nun vollendet sich die Blamage der Nationalsozialisten. In Berlin ist ein gewisser Dr. Landau verhaftet worden. Dieser Landau hat der Zollfahndungsstelle und auch der nationalsozialistischen Presse das angeblich schwer belastende Material gegen die Stettiner Bauhütte und Schönherr gegeben. Es zeigt sich jetzt, dass Landau damit die Absicht verfolgt hat, eine Riesenerpressung durchzuführen. Er ist verhaftet worden. Die nationalsozialistische Presse ist also einem Erpresser, einem Rumänen und Juden, auf den Leim gegangen, denn Dr. Landau ist ein jüdischer Geschäftemacher aus Rumänien

-----

SPD. Paris, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete und Pariser Stadtrat Fiancette hat in der Kammer und der Stadtverordnetenversammlung ein Projekt eingebracht, das die Veranstaltung einer internationalen Ausstellung des Arbeiterlebens vorsieht. Die Ausstellung soll im Jahre 1935 in Paris stattfinden. Sie soll die Arbeiter aller Klassen und Berufe aus der ganzen Welt vereinen, sie in Kontakt miteinander bringen und ihnen die Mittel geben, gegenseitig ihre Produktionsmethoden, ihre Tradition, ihr Familienleben und ihr soziales Leben kennen zu lernen. Als Hauptattraktion der Ausstellung ist eine historische Abteilung gedacht, in der die Entwicklung der Haus- und Familienindustrien und des Kunsthandwerks mit den besonderen Eigenheiten jedes Landes gezeigt werden soll. Ferner ist eine Ausstellung der Kunstwerke der Vergangenheit vorgesehen, die Szenen aus dem Arbeiterleben darstellen oder die Arbeit feiern soll. Während der Ausstellung sollen Vorträge und internationale Arbeiterkongresse veranstaltet werden

-----

SPD. Paris, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Der französisch-kanadische Handelsvertrag vom Jahre 1922 ist am Donnerstag um Mitternacht ausserkraft getreten, da Kanada am 16. Dezember vorigen Jahres den Vertrag gekündigt hatte und in der Zwischenzeit keine Einigung über ein neues Abkommen zu erzielen war. In beiden Ländern kommen also von jetzt an die Höchstzollsätze im gegenseitigen Warenaustausch zur Anwendung.

-----



SPD. Paris, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

\* Der Goldbestand der Bank von Frankreich hat nach der am Donnerstag veröffentlichten Bilanz die ungeheure Summe von fast 81 Milliarden Francs erreicht. Allein in der Woche vom 3. bis 10. Juni, auf die sich die Bilanz bezieht, hat er um über 800 Millionen Francs zugenommen. Die Golddeckung der Banknoten beläuft sich jetzt auf 74,37 Prozent.

-----

SPD. Paris, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Der nationalistische "Temps" schreibt zu der Eröffnung der Lausanner Konferenz: "Entweder wird die Konferenz scheitern, was für die ganze Welt sehr ernst sein würde, oder sie wird sich den wahren Möglichkeiten des Augenblicks anpassen. Diese scheinen in einem provisorischen Moratorium von kurzer Dauer zu bestehen, das es erlauben soll, die technische Prüfung der Lage durch eine Studienkommission vornehmen zu lassen, die die Reparationsfrage im Rahmen der wirtschaftlichen Reorganisation Europas behandeln wird. Man beginnt sich allmählich darüber Rechenschaft abzulegen, dass die Reparationen, die Unterstützung für die Donauländer und die durch die allgemeine Krise hervorgerufene Not miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen. Das ganze europäische Problem wird also unter seinen verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten aufgeworfen. An seine Lösung muss offen und mutig herangegangen werden, wenn man das Vertrauen wieder erwecken und die Rückkehr zur Stabilität und zum Wohlstand vorbereiten will."

Das schwerindustrielle "Journal de Debat" erklärt: "Die von Deutschland verlangte Streichung der Reparationen wäre nicht nur unmoralisch, sie wäre auch ein Betrug, unter dem ganz Europa leiden würde. Von seiner Schuld befreit und industriell gut ausgerüstet würde sich Deutschland in einer besseren Lage als die Nationen befinden, die es zu besiegen und zu vernichten versucht hat. England würde die Erfahrung der germanischen Konkurrenz machen, die es mit blühendem Eifer vorbereitet, und Frankreich ist der Auffassung, dass die Streichung der Reparationen Deutschland keineswegs befriedigt, sondern ihm nur erlaubt, andere noch schwerwiegendere Forderungen zu stellen. Wenn Deutschland die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages abgeschüttelt hat, wird es gegen die territorialen Klauseln vorgehen."

-----

SPD. Köln, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

\* Mit der Aufhebung des Verbots der SA durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten ist die Kölnische Zeitung sehr zufrieden. Aber die Regelung des Uniformverbots findet nicht ihren Beifall. Durch die Parteiuniform seien die politischen Gegner schon von weitem als solche kenntlich und Elemente, die zur Herausforderung Andersdenkender neigten, würden Provokationen umso leichter durchführen können, sobald sie Gelegenheit bekämen, in geschlossenen Zügen und einheitlicher Uniform sich an den Gegner heranzumachen. Die Erleichterung, die die Notverordnung hier schaffe, erscheine unter diesen Umständen recht bedenklich und die bevorstehenden Reichstagswahlen seien nicht gerade geeignet, solche Bedenken zu zerstören, weil erfahrungsgemäss in Wahlzeiten die Erregung unter der Bevölkerung ganz besonders kritische Formen annehme. Was solle überdies geschehen, wenn einzelne Länder die Uniformverbote auf Grund ihrer Landesrechte für ihren Landesteil erneut verhängen? Die Zustände seien höchst unerquicklich gewesen, als nur vereinzelte Uniformverbote in den Ländern bestanden hätten. Es wäre besser gewesen, die Reichsregierung hätte das Uniformverbot bestehen lassen. So entfalle ein grosser Teil von Verantwor-

tung auf die Länder und in dieser Verschiebung der Zuständigkeit sei die Möglichkeit zu allerhand Konflikten und einer bedenklichen Rechtsungleichheit in Deutschland verstärkt worden.

-----  
SPD. Hagen, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Der frühere Generaldirektor Pforte der Hagener Strassenbahnen, der während seiner Amtstätigkeit über 260 000 Mark Spesen ohne Belege verschleudert hatte, wurde am Donnerstag mittag wegen absichtlicher Verschlechterung der Vermögenslage der Hagener Strassenbahnen, rechtswidriger Aneignung von deren Geldmitteln und fahrlässiger Geschäftsführung zu 15 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Bei einer Revision waren nicht angewiesene Beträge und unrechtmässige Entnahmen in Gesamthöhe von 669 000 Mark nachgewiesen worden, die der Angeklagte im Interesse der Strassenbahn verwendet haben will. Das Geld war einem Geheimfonds entnommen worden und sollte angeblich dazu verwandt worden sein, Anleihen zu beschaffen. Der Skandal ist von der Sozialdemokratie aufgedeckt worden.

-----  
SPD. Wanne-Eickel, 16. Juni (Eig. Dr.)

Am Donnerstag abend gegen 6 Uhr kam es zwischen Kommunisten, die zu einem Protest gegen die Notverordnung aufgefordert hatten, und Nationalsozialisten, die sich teilweise schon in Uniform zeigten, zu Schlägereien, bei denen ein Nationalsozialist niedergestochen und schwer verletzt wurde. Die Schlägereien verschärften sich; es wurden auch Schüsse gewechselt, doch wurde anscheinend niemand verletzt.

-----  
SPD. Lausanne, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Wieder haben am Donnerstag nachmittag die sechs einladenden Mächte eine vertrauliche Besprechung abgehalten, die dem Programm der ersten Vollsitzung vom Freitag galt. Zunächst werden die Sitzungen vertraulich bleiben, bis ein gewisser Ausgleich zu übersehen ist. Später wird dann die erfolgte Verständigung in öffentlichen Sitzungen dargelegt und beschlossen werden. Bezeichnend ist die offiziöse Feststellung, dass keinerlei fertiges Projekt bisher vorhanden sei und alle Vorschläge angeblich erst durch die ausgesprochene Form gewinnen sollen. Als Programm für Freitag wurde vereinbart, dass zuerst der deutsche Reichskanzler eine ausführliche Darstellung der deutschen Auffassung geben wird. Nach ihm werden Herriot, der englische Finanzminister Chamberlain, Gründi und ein Belgier der Reihe nach sprechen. Die Generaldebatte soll bereits am Freitag zum Abschluss gebracht und die Einzelberatung am Sonnabend in Angriff genommen werden.

Reichskanzler von Papen berichtete der deutschen Presse über seine am Donnerstag stattgefundenen Besuche bei Herriot und MacDonald. Zweck dieser Besuche sei die Darstellung der innerpolitischen Lage Deutschlands, insbesondere der letzten Ereignisse gewesen, die zur Bildung seines Kabinetts und dessen ersten Handlungen geführt hätten. Ferner habe er die innen- und aussenpolitischen Ziele seiner Regierung ausführlich dargelegt, damit, wie er wörtlich betonte, kein Zweifel darüber bei den Herren herrsche. Er erklärte sich befriedigt über seine freundliche Aufnahme.

Aussenminister von Neurath setzte mit den Engländern seine Londoner Be-

sprechungen fort und nahm teil bei Herriots Gegenbesuch beim Reichskanzler. Herriot habe, wie Neurath erklärte, weitgehendes Verständnis für Deutschlands Schwierigkeiten gezeigt, wieweit er aber in der Lage sein werde, bei der Endlösung Deutschland entgegenzukommen, lasse sich noch nicht sagen. Im übrigen setzten sich die gegenseitigen Besuche der Delegationsführer den ganzen Tag über fort. Herriot und MacDonald, die einer privaten Mitteilung zufolge von den am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen keinen so günstigen Eindruck hatten, empfangen ihre Presse nicht.

-----

SPD. Lausanne, 16. Juni (Eig. Drahtb.)

Bei allen internationalen Tagungen in der Schweiz ist es üblich, dass die Hotels die Fahne der in ihnen wohnenden Delegationen zeigen. Auch in Lausanne wehen allenthalben am Sitze der Delegationen deren Landesfarben. Einzig das Hotel Savoy, in dem die deutsche Delegation wohnt, hat keine deutschen Farben gehisst. Es kann, da es der Höflichkeit niemals entsprechen würde, sich hierbei nur um einen deutlich ausgesprochenen Wunsch der deutschen Delegation handeln. Auf Anfrage bei dem neuen Reichspressechef von Kaufmann-Asser antwortete er ausweichend, das habe er bisher noch garnicht bemerkt.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

## Notverordnung vom Dritten Reich.

SPD. Der Hannoversche Landbund hat kürzlich die Presse aus der Provinz Hannover eingeladen - selbstverständlich nur die Presse, die dem Dritten Reich freundlich gegenübersteht - und hat ihr seine Wünsche und Gedanken vorgetragen. In dieser Besprechung trat ein Nationalsozialist, der landwirtschaftliche Verwalter Lütt-Cuxhaven, auf. Er schlug vor, dass nun endlich drei Notverordnungen erlassen werden sollten, die im Sinne des Dritten Reiches lägen.

Erste Notverordnung: Jede Frau, die auf der Strasse oder in Lokalen geschminkt und bemalt angetroffen wird, wird verhaftet und 14 Tage ins Gefängnis gesteckt. Der wackere Mann hat ausgerechnet, dass durch die Ersparnis an überflüssigen Toilettenartikeln, die zumeist aus Frankreich bezogen würden, die deutsche Handelsbilanz endgültig in Ordnung gebracht werden könnte! Das ist ein wunderbarer Weg. Schade, dass der Mann nicht Baron ist, sonst könnte er Reichsfinanzminister werden!

Zweite Notverordnung: Jedem Gastwirt, der in Zukunft noch französischen Cognak, französische Weine und sonstige ausländische Produkte anbietet, wird auf vier Wochen die Konzession entzogen, ebenso jedem Kaufmann, der in Zukunft noch Bananen, Apfelsinen und sonstige ausländische Waren zum Kauf anbietet. Wozu brauchen wir auch Kakao oder Kaffee, haben wir doch Ficheln, aus denen man Kaffee verfertigen kann und im Notfall tuts auch gemahlene Baumrinde. Die Zeiten, wo alles "Ersatz" war, waren ja so herrlich, dass jedermann Sehnsucht nach ihrer Wiederkehr hat!

Dritte Notverordnung: Jeder Verkehrsschutzmann ist verpflichtet, jeden ausländischen Kraftwagen anzuhalten, zum Polizeipräsidium zu bringen, dort die Bremsen des Fahrzeuges und seine sonstigen Sicherheitsmassnahmen nachprüfen zu lassen. Sobald der Fahrer dieses ausländischen Kraftfahrzeuges auf den nächsten Verkehrsschutzmann trifft, ist mit ihm ebenso zu verfahren, und wenn das selbst am Tage zwanzigmal vorkommt. In spätestens vier Wochen werde jeder Besitzer eines ausländischen Wagens ihn in den nächsten Strassengraben fahren.

Da haben wir nun die allerschwersten Bedenken! Was soll aus den vornehmen ausländischen Wagen der Herren ostelbischen Grossgrundbesitzer werden und aus den ausländischen Wagen der Herren Generaldirektoren, die man vor nationalsozialistischen Kundgebungen, in denen Hitler zum Vergnügen der Agrarier und Unternehmer spricht, zu Hunderten parken sieht!

Der Mann, der diese Notverordnungen vorgeschlagen hat, wird es in der NSDAP nicht weit bringen. Man wird es ihm als Disziplinwidrigkeit auslegen, dass er den Damen der nationalsozialistischen Haute volée die Schminke, den Herren den französischen Cognak und noch dazu den ausländischen Luxuswagen wegnehmen will. Der Mann wird schön noch merken, dass zuviel Gesinnungstüchtigkeit in der NSDAP nicht gut tut!

Meidet Nazi=Ärzte.

Die nationalsozialistische Presse fordert in regelmässigen Abständen die Anhänger der NSDAP auf, nur nationalsozialistische Ärzte in Anspruch zu nehmen und vor allem nicht zu jüdischen Ärzten zu gehen. Es scheint, dass die Nationalsozialistische Partei der Ansicht ist, dass Nationalsozialisten von be-

sonderer Körperkonstitution sind, für die lediglich nationalsozialistische Aerzte das richtige Verständnis haben.

Wenn aber nationalsozialistische Aerzte so sehr auf die besondere Körperkonstitution der Nationalsozialisten spezialisiert sind, besteht ganz offenkundig die Gefahr, dass sie für die Konstitution normaler Menschen nicht mehr das richtige Verständnis haben und dass jeder normale Mensch, der sich im Krankheitsfall zu einem nationalsozialistischen Arzt in Behandlung begibt, riskiert, dass er dort nach nationalsozialistischen Grundsätzen behandelt wird, die seiner normalen Konstitution abträglich sind. Es empfiehlt sich daher, dass auch die Nichtnationalsozialisten sich die Aerzte sehr genau ansehen, die sie im Krankheitsfalle in Anspruch nehmen wollen. Schliesslich würden ja auch die nationalsozialistischen Aerzte in schwere Verlegenheit kommen, wenn sie von Nichtnationalsozialisten Honorare entgegennehmen sollten!

Ihre soziale Gesinnung.  
-----

Die nordböhmische Hakenkreuzzeitung "Der Tag" veröffentlichte unlängst die folgende Betrachtung:

"Das neue Tuberkuloseheim der Gemeinde Wien kostet 3 Millionen Schilling, das Radium-Institut 5 Millionen Schilling. Beide Anstalten haben in den reichsten Staaten nicht ihresgleichen und beherbergen nach Aussagen Eingeweihter ausnahmslos unheilbare tödliche Fälle. Also für hoffnungslos Erkrankte, denen nicht geholfen werden kann, deren Leiden nicht gebessert, sondern durch die Behandlung nur verlängert werden, werden Millionen verausgabt!"

Die Konsequenz ist: wer krank ist, soll verrecken! Wer reich ist und krank kann ein Sanatorium aufsuchen, wer aber als Armer krank wird, ist zuviel auf der Welt! Nach dieser Methode wäre es am einfachsten, alle Menschen gleich bei der Geburt totzuschlagen, da sie ja doch niemand einmal vor dem Tode bewahren kann und weil jeder sterben muss! Die Hakenkreuz-Gemütsmenschen, die diese Aeussierung fabriziert haben, hätten lieber nicht davon reden sollen, dass hoffnungslose Erkrankte am Besten aus der Welt wären; denn was sie selbst anbetrifft, so muss man angesichts der Ansichten, die sie vortragen, feststellen: Die werden nie wieder gesund!

Halbstarke.  
-----

Die Standarte IV der nationalsozialistischen SA in Berlin hat ein eigenes Standartenlied, das alles über das Wesen von Hitlers SA sagt. Es lautet:

"Gefällt Dir meine braune Tracht, Du Mädchen mit rosigen Wangen?"

Mir sagt Dein Aug', das schelmisch lacht; Dein Herz hat Feuer gefangen!

Ich gebe Dir, was ich geben kann: In Liebe beide Hände!  
Horrido, ich bin ein Hitlermann vom vierten Regiment!  
Die Büchse blinkt, es kracht der Schuss; getroffen hab' ich heute dreimal ins Zentrum, wie ich muss, das war 'ne Herzensfreude!  
Und unser Goebbels schenkt uns dann zum Lohn ein Fässchen Bier.

Horrido, ich bin ein Hitlermann von der Standarte vier!"

Das ist der Geist jener Halbstarcken, aus denen sich Hitlers Bürgerkriegs-Armee zusammensetzt: der lustige Mord am politischen Gegner, die Uniform, die den Mädchen imponieren soll und als Lohn für den lustigen Mord das Fass Bier, das Goebbels stiftet!

-----

# Aus aller Welt

## Der Ehrensold des Falschmünzer-Häuptlings.

Tom Glynn wird Bürgermeister.- Ein Experte für falsche Banknoten kommt zu früh.- Der seltsame Staatsvertrag.- Mexiko begräbt einen "abgefundenen" Falschmünzer auf Staatskosten.

SPD. In der Stadt Mexiko starb vor einiger Zeit ein sonderbarer Kautz, Tom Glynn mit Namen, dessen Leben es verdient, bekannt zu werden. Tom Glynn verschied im biblischen Alter von 96 Jahren, nachdem er seinen Zeitgenossen mancherlei zu schaffen gemacht hatte. Glynn wanderte vor vielen Jahren aus den Staaten in Mexiko ein. Als der mexikanische Bürgerkrieg zur Zeit Kaiser Maximilians ausbrach, war Tom Glynn unter den Freiheitskämpfern. Er zeichnete sich durch mancherlei Taten aus, die ihm ausser einer Brust voll Orden eine geachtete bürgerliche Position einbrachten. Tom Glynn liess sich in einer kleinen mexikanischen Stadt nieder, eröffnete dort eine Druckerei und einen Zeitungsverlag und wurde schliesslich von den Bewohnern der Kleinstadt zum Bürgermeister gewählt.

Das geschah so um 1865 herum. Damals gab es in Mexiko eine grosse Sensation. Man hatte die ersten Banknoten mit den Insignien der Republik eingeführt. Kurz danach bereits musste man die betrübliche Entdeckung machen, dass Falschmünzer am Werke waren.

### Die Banknote als "Frühgeburt".

Diese Falschmünzer waren ganz verteuflerte Burschen. Es gelang ihnen, die Banknoten derart täuschend nachzuahmen, dass selbst die Banken immer erst viel zu spät bemerkten, dass sie im Besitze einer falschen Note waren. Die gefälschten Scheine waren vollkommen neu. Jedesmal übrigens, wenn die Regierung aus Klugheitsgründen eine andere Farbe der Geldscheine wählte, wussten die Fälscher bereits Bescheid und waren mit "ihren" Banknoten oft schon am gleichen Tage zur Stelle.

Die Aufregung war gross. Viele hundert Gendarmen bewachten die Banken, liessen kein verdächtiges Individuum aus den Augen und verhafteten viele Unschuldige - aber die Fälscher waren nach wie vor am Werke. Eines Tages nun geschah etwas Sonderbares. Der Herr Bürgermeister Tom Glynn erschien am Schalter einer kleinen Bank und wünschte einen grösseren Geldschein gewechselt zu haben. Tom Glynn wurde zuvorkommend begrüsst, aber als der Bankbeamte den Schein zu Gesicht bekam, wechselte er die Farbe. Es war einer der allerneuesten Scheine, die nach Zeitungsberichten am fraglichen Tage in Verkehr kommen sollten, doch von der Regierung zur Stunde noch zurückgehalten wurden. Wie kam der Bürgermeister Tom Glynn in den Besitz eines solchen Scheins? Das war in der Tat sehr sonderbar. Und noch sonderbarer war, als man später feststellte, dass der Geldschein des Bürgermeisters den echten Scheinen zwar sehr ähnlich war, aber doch kleine "Webfehler" aufwies. Tom Glynn wurde in Haft genommen. Und die guten Leute seiner Stadt, die bisher in toller Ehrfurcht zu ihm emporgesehen hatten, sahen wieder einmal ein, dass sie dem Unrechten Vertrauen geschenkt hatten.

### Der Fälschertrutz des Mister Glynn.

Tom Glynn kam vor Gericht. Er bestritt energisch, das Falschgeld hergestellt zu haben. Bei einer Haussuchung in seiner Druckerei hatte man auch keinerlei Beweisstücke gefunden. Tom Glynn gab an, den falschen Geldschein



von einem Unbekannten erhalten zu haben. Die Geschworenen von Mexiko schenkten dem redlichen Glynn keinen Glauben und sprachen ihren früheren Bürgermeister schuldig. Tom Glynn wurde zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ausserdem beschlagnahmte man sein gesamtes Vermögen.

Mexiko war darum aber noch immer nicht von seinen Aufregungen befreit. Tom Glynn sass zwar im Gefängnis, aber die falschen Geldscheine zirkulierten weiter. Jetzt erst erkannte man, dass Tom Glynn nur das Haupt einer grossen Fälscherbande sein konnte, die mit ungeheurem technischen Raffinement ihren Verbrechen nachging. Tom Glynn weigerte sich, irgend etwas über die Angelegenheit auszusagen. Er bestritt überhaupt, die Fälscherbande zu kennen.

#### Der Staatsvertrag mit dem Fälschmünz-Meister.

Als Tom Glynn nach einigen Jahren begnadigt wurde, machte ihm ein Regierungsvertreter einen ungewöhnlichen Vorschlag. Er bot dem einstigen Bürgermeister eine grosse Summe dafür an, dass er freiwillig darauf verzichtete, Falschgeld in Verkehr zu bringen. Tom Glynn lehnte zunächst empört ab, ging aber nach längeren Bedenken auf den Vorschlag ein.

Seit diesem Tage wurden tatsächlich in Mexiko keine falschen Geldscheine mehr in Verkehr gebracht. Ob Tom Glynn tatsächlich schuldig war, ist niemals mit Bestimmtheit festgestellt worden. Man muss zugestehen, dass sich die mexikanische Regierung von der nobelsten Seite zeigte. Sie hat jeden Monat dem "ehrenwerten" Tom Glynn eine Rente ausgezahlt, die dieser gern und schmunzelnd entgegennahm.

Als Glynn jetzt sechsundneunzigjährig starb, war die Stadt Mexiko sogar grosszügig genug, die Beerdigung zu bezahlen. Viele Menschen wohnten der Bestattung bei und folgten dem Sarge des gewiss einzigen Menschen der Welt, der sich rühmen konnte, gegen einen "Ehrensold" auf sein verbrecherisches Handwerk verzichtet zu haben.

+ + +

Wer war der grössere Gauner? Im Skandalprozess des Luxuspastors Cremer und seiner Komplizen kam es am Donnerstag zu stürmischen Auseinandersetzungen innerhalb der Anklagebank. Die Bekundungen des Angeklagten Claussen, der in der vorletzten Sitzung die schwersten Vorwürfe gegen die Devaheimler erhoben hatte, gaben der Verteidigung von Cremer u. Co Anlass zu einem Offensiv-Vorstoss gegen Claussen. Uebrigens scheint auch Claussen ein wenig angenehmer Zeitgenosse zu sein. Der Zeuge Liebling, seines Zeichens Geschäftsführer der Hilfskasse, behauptete, dass Claussen sehr willkürlich Geld aus Mitteln der Auslandsanleihe entnommen habe. Es handelte sich hierbei zum Teil um sein Gehalt, zum andern Teil aber um sehr eigenmächtige Entnahmen, für die Claussen nach Angabe des Zeugen niemals Belege vorgelegt hat. Als der Vorsitzende die Frage stellt wo Claussen seinerzeit sein Büro gehabt habe, bemerkt der Zeuge: "Man muss einen Unterschied machen zwischen dem legalen und illegalen Büro Claussens(!). Das legale Büro befand sich in der Oranienburgerstrasse, das illegale in der Nähe der Burgstrasse." Vorsitzender: "Herr Pastor Cremer, war diese doppelte Buchführung von Ihnen genehmigt?" Herr Cremer weiss keine richtige Antwort und stammelt schliesslich: "Von dem Büro habe ich erst viel später erfahren." Während Claussen behauptet hat, dass sich Pastor Cremer und seine Hintermänner geweigert hätten, die Revision der Auslandsanleihe vorzunehmen, bezichtigte wiederum der Zeuge Liebling den Angeklagten Claussen "einschlägig". Claussen, so führte der Zeuge aus, habe trotz ständigen Mahnens niemals Belege für die von ihm entnommenen Gelder vorgelegt. Kann man sich eine grössere Luderwirtschaft denken als wie die bei Devaheim? Jeder konnte mit dem Geld anderer Leute tun und lassen, was er wollte und die erbärmlichen Schiebungen wurden immer mit dem Mantel unchristlicher Nächstenliebe zugedeckt. - Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen den Anwälten Cremers und Claussens, wobei der Vertreter Claussens dem Verteidiger des Pa-

stors zurief: "Herr Kollege, sind Sie hier Staatsanwalt, oder als was stehen Sie da?" Der Vorsitzende musste eingreifen, um die erregten Anwälte auseinander zu bringen.

+ + +  
Millionäre untereinander. Im Mitgift-Prozess gegen Geheimrat Caro wird immer noch um die geheimnisvolle Mitgiftquittung verhandelt. Caro schildert, wie am 29. Juli 1929 ein Gerichtsvollzieher in Begleitung eines Rechtsanwalts in seiner Villa in Berlin-Roseneck erschienen sei, um eine einstweilige Verfügung zur Hergabe der umstrittenen Quittung durchzuführen. Der Gerichtsvollzieher habe sich gleich mehrere Handwerker mitgebracht, man habe in seinem Arbeitszimmer einen Gobelin von der Wand gerissen und die Tafelung, hinter der sich ein Safe befand, entfernt. Dr. Caro habe den Eindruck gehabt, dass man dem Gerichtsvollzieher und dem Anwalt das Dokument nicht in die Hand geben dürfe. In dem Safe wären äusserst geheime Papiere gewesen, die auf keinen Fall in den Besitz Petscheks hätten fallen sollen. Er habe, so führt Caro aus, das Gefühl gehabt: lieber mag die ganze Wohnung in die Luft gehen, als dass diese Dinge Petschek ausgehändigt werden. Caro nahm, wie er schildert, die Reproduktionen der Quittung aus dem Safe heraus, ging damit auf die Toilette und zerriss sie. Als er zurückkam, sagte er zum Gerichtsvollzieher: "Bemühen Sie sich nicht zu sehr. Die Quittung ist bereits auf dem Wege nach den Rieselfeldern". Als der Vorsitzende über dieses Verfahren einige Verwunderung äusserte und die Echtheit der Quittung in Frage stellte, sagte Geheimrat Caro sehr betont: "Sie war echt. Im übrigen bin ich auch nicht mit einem Gedanken auf die groteske Idee gekommen, dass man mich einmal einer Urkundenfälschung bezichtigen würde".

+ + +  
Mord am Mieter. Der in einem Dorfe bei Graz (Oesterreich) wohnhafte Hausbesitzer Zischek erschoss am Donnerstag aus nicht bekannten Gründen einen 70-jährigen Mieter. Der offensichtlich Geistesgestörte gab auch auf seine Freundin und deren Onkel mehrere Schüsse ab, die die beiden schwer verletzten. Der Polizei gelang es erst nach Ueberwindung erheblichen Widerstands den Rasenden in Haft zu nehmen.

+ + +  
Da werden Schwestern zu Hyänen... Auf dem Marktplatz in Burg gerieten am Mittwoch abend drei Schwestern namens Pege in einen heftigen Streit. Im Verlauf der Auseinandersetzung, die in schwere Tätlichkeiten ausartete, wurde die verheiratete Anna Hamel von ihren Schwestern erstochen. Die Täterinnen konnten verhaftet werden. Die Bluttat ist die Folge einer langjährigen, erbitterten Feindschaft zwischen den Schwestern.

+ + +  
Keine Haftentlassung im Felseneck-Prozess. Im Berliner Felseneck-Prozess lehnte das Gericht am Donnerstag die von den Verteidigern der nationalsozialistischen und kommunistischen Angeklagten gestellten Haftentlassungsanträge ab. Das Gericht erklärte, dass ihm die Schuldfrage noch nicht genügend geklärt scheine, um eine Haftentlassung zu rechtfertigen.

+ + +  
Brandkatastrophe. In der mecklenburgischen Ortschaft Lüblow brach am Donnerstag Nachmittag ein Grossfeuer aus, durch das 22 Wohn- und Wirtschaftsgebäude eingäschert wurden. Das Feuer entstand bei einem Hofbesitzer Vath und dehnte sich infolge des starken Windes mit unheimlicher Schnelligkeit auf 21 weitere Wohn- und Wirtschaftsgebäude aus. Der Schaden ist erheblich. Das Feuer hat viele landwirtschaftliche Maschinen und zahlloses Hausmobiliar vernichtet. Auch sehr viel Vieh kam in den Flammen um. Der Ort ist zum grössten Teil ein einziges Trümmerfeld. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch ungeklärt.

+ + +

## Matuschka und der "Geist Leo".

Schabensky, der angebliche "Dämon" des Eisenbahnattentäters, als Zeuge vor dem Wiener Gericht.

SPD.Wien, 16.Juni (Eig.Drahtb.)

In der Donnerstag-Verhandlung gegen Matuschka wurde eine Reihe von Zeugen vernommen. Der interessanteste Zeuge war jener Leo Schabensky, dessen Geist angeblich der "Geist Leo" ist, von dem Matuschka zu seinen Verbrechen aufgefordert sein will. Schabensky hat den Eisenbahnattentäter im Jahre 1927 bei seinen Patentgeschäften kennen gelernt. Der Zeuge erzählt, dass Matuschka am 1.Mai 1931 nach einem längeren Aufenthalt in Berlin, in dem er das erste Attentat bei Jüterbog vorbereitet hatte, nach Wien zurückkam. Er zahlte damals eine Schuld an Schabensky zurück. Von den Geldnoten, die Matuschka den Zeugen gab, war eine ganz mit Blut befleckt. Schabensky fiel auch eine ungeheure Erregung an Matuschka auf, überdies verlangte Matuschka von ihm, er solle ihm Ekrasit verschaffen und ihn über den Gebrauch von Ekrasit aufklären.

"Ich würde niemals gestehen....."

Daraufhin habe er, so erklärt der Zeuge, am nächsten Tag der Polizei mitgeteilt, dass ihm Matuschka verdächtig erscheine. Einen Tag später sei dieser Verdacht noch gesteigert worden, als das Gespräch auf den deutschen Lustmörder Kürten kam und Matuschka bei der Zeitungslektüre sagte: "Haben Sie gelesen, dass dieser dumme Kürten gestanden hat? Ich würde der Polizei niemals gestehen. Kürten ist ein dummer Mensch." Kurze Zeit nach diesem Gespräch kam der Zeuge mit Matuschka an einem Plakat vorbei, auf dem eine Prämie für die Ergreifung des Attentäters von Anzbach ausgesetzt war. Matuschka deutete auf das Plakat und sagte scherzend zu dem Zeugen: "Das Geld könnten Sie sich verdienen. Ich selbst bin der Attentäter."

Anormal? Schabensky sagt "nein".

Der Zeuge hat das damals für einen Scherz gehalten und die Auesserung Matuschkas nicht ernst genommen. Auf die ausdrückliche Frage des Vorsitzenden erklärt Schabensky, der lange Zeit mit Matuschka bekannt war, dass dieser auf ihn niemals einen anormalen Eindruck gemacht habe. Nach der Vernehmung des Zeugen verlas der Vorsitzende noch einen Brief, den Matuschka aus der Untersuchungshaft an die Berliner Installationsfirma Ruppert geschrieben hat. Es handelt sich um jene Firma, mit deren Inhaberin Matuschka bei seinem Aufenthalt in Berlin ein Liebesverhältnis anbandeln wollte, nicht ohne sich zugleich auch der Tochter dieser Frau zu nähern.

Startbereit für die Grossaufnahme.....

In dem Brief heisst es: "Meine Frau und Tochter sind durch mich unglücklich geworden, aber Sie, gnädige Frau und Ihre Tochter sind durch mich glücklich geworden. Sie können mir Geld schicken. Ich habe in der Haft 14 Kilo abgenommen. Bitte, schicken Sie mir 600 Mark. Ich möchte gut essen und rauchen, damit ich bei der Tonfilmaufnahme, die bei der Hauptverhandlung gemacht wird, gut aussehe. Die deutschen Behörden haben gewiss nichts dagegen, sagen Sie es auch den deutschen Journalisten." Nach der Verlesung des Briefes, dessen Inhalt im Auditorium grosse Heiterkeit erregte, wurden nur noch einige belanglose Aktenstücke verlesen, worauf der Vorsitzende die Verhandlung abbrach. In der Freitags-Verhandlung werden die psychiatrischen Gutachten erstattet werden. Das Urteil wird für Freitag Abend erwartet.

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Kampffront der Arbeitsinvaliden.

SPD. In Breslau tagt zur Zeit der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands. Er hält seinen 5. Verbandstag ab. Er tagt im richtigen Zeitpunkt; denn nie war die Existenz der Arbeitsinvaliden stärker bedroht als jetzt durch die Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen, deren Presse bei dem Sturz der Regierung Brüning grossparig erklärte, nun werde mit der Notverordnungs politik Schluss gemacht. Die Notverordnung der Hitlerbarone baut die Invalidenrenten um 6, die Witwenrenten um 5, die Waisenrenten um 4 Mark ab. Sie kürzt die Unfallrenten. Sie erschwert die Er kämpfung von Renten durch Belastung der Gemeinden mit der Vorstreckung der Gebühren. Und das alles ist erst nur ein Vorgeschmack von dem, was noch kommt; denn zunächst soll ja erst noch ein neuer Reichstag gewählt werden, und da muss auch die Regierung Papen noch Rücksicht nehmen auf die Hitlerdemagogen, und die wollen das Volk vor den Wahlen noch einmal kräftig belügen und beschwindeln. Der aus Breslau kommende Alarmruf des Zentralverbandes muss den letzten Arbeitsinvaliden in Deutschland aufrütteln, damit er sich zur Wehr setzt, solange noch Aussicht auf eine erfolgreiche Abwehr besteht, solange der Wahlkampf noch nicht entschieden ist, bevor noch nicht alles verloren ist.

Die Arbeitsinvaliden, so führte der Verbandsvorsitzende Karsten in seinem Bericht über die sozialpolitische Arbeit des Verbandes aus - haben noch immer etwas zu verlieren. So mancher Arbeiter sagte im Laufe der letzten Jahre, schlimmer könne es nicht mehr werden. Die kurze Zeit, in der die Regierung Papen am Ruder ist, zeigt zur Genüge, dass es sehr wohl noch schlimmer werden kann. Der von der neuen Regierung den Arbeitsinvaliden hingeworfene Fedehandschuh wird vom Zentralverband aufgenommen werden. Sein Kampf wird sich verstärken, je eher die ersten Taten der Regierung fühlbar werden. Wenn schon gehungert werden muss, dann muss auf der ganzen Linie gehungert werden. Eine Krisenbereinigung durch Abbau der sozialen Rechte der Arbeiter kann es ohne Kampf nicht geben. Die politische Neutralität der Organisation bedeutet nicht, sich politisch nicht zu betätigen, und deshalb wird die ganze Organisation eingesetzt werden müssen, um den Opfern der Arbeit klar zu machen, was für sie auf dem Spiele steht, wenn sie sich von den reaktionären Wahlhelfern um Hitler und Hugenberg einfangen lassen. Ein Sieg der Regierung Papen wäre der Anfang für eine restlose Beseitigung aller sozialen Errungenschaften.

Die Aussprache über Karstens Bericht erbrachte unbedingte Zustimmung des Verbandstages zur politischen Haltung der Verbandsleitung.

Über "Finanznot und öffentliche Fürsorge" sprach Ministerialrat Dr. Meier-Dresden. Er gab ein anschauliches Bild von den ungeheuren Finanzschwierigkeiten der Gemeinden und von der Not der Fürsorgeunterstützungsempfänger. Bei Unterstützungen von 7 bis 10 Mark in der Woche könne unmöglich eine Besserung für die Herabsetzung der Fürsorgeunterstützung herbeigeführt werden. Notwendige Ersparnisse müssten auf anderen Gebieten gemacht werden. Einkommen und Vermögen seien nach ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen und besser gestellte Landesteile müssten die Lasten der ärmeren Bezirke mittragen. Wer die gehobene Fürsorge abbaue, vergesse, dass man die Einheitsfürsorge nicht stärken könne, wenn man die gehobene abbaue.

Einst, so betonte Meier, ist man auf Tagungen wie der des Zentralverbandes zusammengekommen, um an dem Geschaffenen Kritik zu üben. Jetzt muss

das, was vom Aufbau noch vorhanden ist, zu halten versucht werden. Es wird vielleicht noch eine Zeit kommen, wo die Arbeiter noch mehr wie heute einsehen werden, wieviel infolge der Zerrissenheit der Arbeiterschaft verloren wurde. Trotz aller Schwierigkeiten dürfe es jedoch kein Verzagen geben. Das Lösungswort der Stunde habe Freiligrath geprägt: "Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!"

Den Organisationsbericht erstattete Gäbler-Berlin. Er teilte mit, dass seit dem letzten Verbandstag mehr als 62 000 neue Mitglieder gewonnen wurden. Freilich sei dieser Erfolg nicht ohne Mühe zu erreichen gewesen. Nahezu 12 Millionen Flugblätter und viele Filmveranstaltungen hätten dazu beigetragen, den Mitgliederzuwachs zu sichern. Der Hauptanteil an dem Erfolg gebühre dem unermüdlich tätigen Heer der Funktionäre. Das Verbandsorgan, die "Deutsche Invalidenzeitung" sei ausgebaut worden und erscheine heute in einer Auflage von 400 000 Exemplaren. Organisatorisch habe der Verband den Nachweis seiner Krisenfestigkeit geliefert. Seine Kraft zeige sich auch gegenüber den Angriffen von links, wo der "Internationale Bund" kein Mittel unversucht lasse, die Führer der Arbeitsinvaliden zu verunglimpfen. Die Nationalsozialisten, betonte Gäbler, haben keine Ursache, sich als die Freunde der Sozialrentner aufzuspielen. Sie haben ja oft genug zum Ausdruck gebracht, dass sie grundsätzliche Gegner der Sozialpolitik sind. Ein Sieg Hitlers wäre gleichbedeutend mit der Zertrümmerung der sozialen Gesetzgebung Deutschlands.

Der Verband steht, wie aus dem Kassenbericht von Matthes-Berlin hervorgeht, auch finanziell gefestigt da. Die seit Jahren geübte Sparsamkeit in der Verwaltung ermöglichte es, den Rahmen der Organisationsarbeit nach den Beschlüssen des Kieler Verbandstages auszubauen. Die Sterbekasseeinrichtung hat einen gewaltigen Aufschwung genommen; in den letzten drei Jahren wurden mehr als 1,3 Millionen Mark an Sterbeunterstützungen ausgezahlt. Die Kasse hat sich ihren Verpflichtungen gewachsen gezeigt, obwohl sie infolge der Sterblichkeit unter den alten Kollegen in der Leistung stark beansprucht wurde.

Die Arbeit des Vorstandes fand, wie auch aus der Aussprache über den Organisations- und Kassenbericht hervorging, auf dem Verbandstag allseitig Anerkennung. Der Verbandstag erteilte dem Vorstand einstimmig Entlastung. Der Vorstand wurde beauftragt, für die Sterbeunterstützungseinrichtung eine Rückversicherung bei einer grossen Versicherung abzuschliessen. Ferner sollen die vereinzelt Sterbekassen der Ortsgruppen der zentralen Verbandssterbeunterstützungseinrichtung angeschlossen werden.

-----

SPD. Der Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, eine Ersatzkasse der Angestelltenversicherung, hielt dieser Tage in Berlin seine Generalversammlung ab. Die Pensionskasse der Bankangestellten hat heute ein Kapital von rund 160 Millionen bei etwa 60 000 Mitgliedern. Von Jahr zu Jahr müssen 10 Prozent und mehr der Mitglieder infolge des Abbaus abgebucht werden. Die Renten- und Heilverfahrensleistungen betragen 1931 rund 12 1/2 Millionen, ein Betrag, der fast restlos durch den Zinseingang gewährt werden konnte. Die Kasse hat in diesem Jahr zum ersten Mal einen Eingriff in die Beiträge in Höhe von etwa 7 Prozent vornehmen müssen.

Infolge eines auch vom Reichsarbeitsministerium im Jahre 1930 auf Beschwerde des AfA-Bundes hin als ungesetzlich bezeichneten Wahlsystems - es werden öffentlich Vollmachten gesammelt - hat der Deutsche Bankbeamtenverein in der Kasse eine unberechtigte Vormachtsstellung. Daher kommt es, dass die vom freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband gestellten Anträge auf Verwaltungs- und Leistungsreform seit Jahren vom D.B.V. mit Erfolg bekämpft wer-

den können. Die Kasse hat bezüglich der Heilverfahrensleistungen bei weitem nicht den Prozentsatz der Angestelltenversicherung (nur 5% statt 8,4% der Beiträge) erreicht. Sie lässt sich trotz ihrer guten Vermögenslage nicht dazu herbei, die ausscheidenden Mitglieder zu den Bedingungen der Angestelltenversicherung weiter zu versichern. Die Ausscheidenden haben die Wahl, sich Beitragsanteile zurückzahlen zu lassen, oder aber sich mit sehr hohen Beiträgen ihre Anwartschaften aufrecht zu erhalten. Infolge der schlechten sozialen Verhältnisse macht die Mehrzahl, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, von der Weiterversicherung, die sehr teuer ist, keinen Gebrauch.

Von Seiten des Allgemeinen Verbandes wurde scharf gegen die Notverordnungs-politik Stellung genommen. Die Vertreter des DBV und DHV protestierten zwar auch gegen die Notverordnungen, stimmten jedoch gegen den Antrag des Allgemeinen Verbandes auf Aufhebung der im Hinblick auf die gute Vermögenslage der Kasse nicht erforderlichen Verschlechterungen.

Scharf kritisiert wurde von freigewerkschaftlicher Seite auch die unsoziale Ausleihung der Kapitalien. Etwa 1,1 Millionen von 160 Millionen sind für Wohnbauzwecke der Versicherten aufgewendet, während auf der andern Seite Millionenhypotheken an Private gegeben wurden. Die Voraussetzungen für eine Verwaltung der Kapitalien nach sozialen Grundsätzen sehen die Vertreter des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verbandes nur darin, dass die im AVG vorgeschriebene geheime Wahl von Vertretern auch in der Ersatzkasse der Bankangestellten durchgeführt wird.

-----

SPD. Der Streik von 25 000 New Yorker Bauarbeitern, der sieben Wochen dauerte, ist mit einem Kompromiss beendet worden. Es wurde eine Lohnkürzung um 15 Prozent gegen ursprünglich geforderte 30 Prozent angenommen. Die neuen Tageslohnsätze betragen für Konstruktionsarbeiter 11,20 Dollar, für Maurer 13,20 Dollar und für Stukkateure 12 Dollar. Von dieser Lohnabmachung, die für ein Jahr gilt, werden 130 000 Mann betroffen.

-----

SPD. Die Graphischen Hilfsarbeiter sind in ihrem seit Wochen schwebenden Tarifkonflikt nunmehr zum Angriff übergegangen. Sie drohen mit Arbeitsniederlegung. Eine Konferenz der Gauleiter beschloss am Donnerstag, im ganzen Reich die Kündigung einzureichen.

Das ist die Antwort auf die halsstarrige Haltung der Unternehmer. Diese liessen zunächst einen tariflosen Zustand eintreten und setzten dann in verschiedenen Orten mit Kündigungen die Arbeitnehmer unter Druck, um so die Löhne der graphischen Hilfsarbeiter im Gegensatz zur Lohnregelung der Buchdrucker, die keine Verschlechterung brachte, weiter zu senken.

-----

SPD. In Frankreich nimmt seit einigen Wochen die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen ständig ab. Nach der jüngsten Statistik beläuft sich die Zahl der Unterstützungsempfänger auf 254 140 (200 941 Männer und 52 199 Frauen) gegenüber 262 184 in der Vorwoche. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeitslosen, die nach Ablauf der Sechsmonatsfrist nur noch eine kleine Unterstützung erhalten, um 2 187 auf 23 392 erhöht.

In den ersten fünf Monaten des Jahres haben nach den Feststellungen des Arbeitsministeriums über 60 000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen. Im ganzen Jahr 1931 wanderten 92 000 ab.

-----



## Abschluss der Lufthansa.

### Arbeitszeitverkürzung verhütet Belegschaftsabbau.

SPD. Die Deutsche Lufthansa legt für das Jahr 1931, in dem sich das Unternehmen vor allem vor verringerte Einnahmen aus dem Flugverkehr gestellt sah, eine ausgeglichene Gewinn- und Verlustrechnung vor. Trotzdem sich die Einnahmen aus dem Flugdienst und die sonstigen Erträge von 8,8 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 8,3 Millionen Mark im Jahre 1931 senkten und die staatlichen Subventionen mit 17,32 Millionen Mark gleich blieben, kann ein geringer Ueberschuss von rund 6 000 Mark aufgewiesen werden gegen 8 000 Mark im Jahre 1930. Die Flugbetriebskosten zeigen eine Verringerung auf 10,49 gegen 11,6 Millionen Mark. Die Kosten für Instandhaltung des Fluggeräts konnten auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden. Handlungskosten verringerten sich von 1,4 auf 1,36 Millionen.

Das Katastrophenjahr 1931 hat in den Flugverkehr nicht mit der unheimlichen Schärfe eingegriffen wie anderswo. Nach den Beförderungsergebnissen hat sich der Personenverkehr, in Kilometern, um 7,4 % gesteigert, der Frachtverkehr, in Tonnenkilometern, sogar um 10,3 %. Beim Postverkehr ist, wenn man von den beförderten Kilogramm ausgeht, eine Verringerung um 17 % eingetreten. Davon ist besonders die Uebermittlung von Zeitungen betroffen worden. Die Flugzeugunfälle mit Personenschäden konnten weiter eingeschränkt werden, entsprechend dem Leitsatz bei der Deutschen Lufthansa, dass Sicherheit vor allem geht. Im Jahre 1926 entfielen noch auf 427 000 Kilometer ein Flugzeugunfall, im Jahre 1929 auf 1,48 Millionen km, 1930 auf 1,51 Millionen km und 1931 auf 2,89 km. Die Zahl der Flugzeugbeschädigungen ist gegenüber 1930 um 14,8 %, gegenüber 1929 um 50,5 % zurückgegangen.

Um die Krisenwirkungen auszugleichen, die gegenüber dem Vorjahre eine Verringerung in den Einnahmen um 4,3 % bedingten, wurden die Ausgaben um 8,1 % eingeschränkt. Von den Einschränkungen entfallen 30 % auf persönliche Ausgaben, auf Löhne und Gehälter usw., und 70 % auf sachliche Ausgaben. Das Ergebnis würde sich um 800 000 Mark besser gestellt haben, wenn nicht die gross-agrarischen Subventionen, die neuen Belastungen aus Betriebsstoffzöllen und Spritabgaben eingetreten wären. Ausserdem hat der Umbau mehrerer Motorenmuster der Bayerischen Motorenwerke die erhebliche Summe von 1,8 Millionen Mark verschlungen.

Soweit der Belegschaftsstand in Frage kommt, ist eine Verringerung von 1 871 Köpfen im Jahre 1930 auf 1 826 im Jahre 1931 eingetreten. Der geplante Abbau auf 1 600 Köpfe konnte durch Kurzarbeit vermieden werden. Die Kurzarbeit ist darart geregelt worden, dass im Flugverkehr im Sommer vollgearbeitet wird, im Winter jedoch nur 32 Stunden. In den Werkstätten wird im Winter 36 und im Sommer 40 Stunden gearbeitet. Die Belegschaft der Flughansa in Hamburg gab bei der Regelung der Kurzarbeit ein erhebendes Zeugnis von Solidarität. Um den Personalabbau zu verhindern, erklärte sich die Belegschaft bereit, im Winter nur 18 Stunden zu arbeiten. Die Direktion der Flughansa ist darauf eingegangen. Insgesamt sind im Jahre 1931, ohne die Ueberstunden, 2 153 000 Arbeitsstunden geleistet worden gegenüber 2 331 000 Arbeitsstunden im Jahre 1930. Die Sozialbelastung hat sich von 510 000 Mark im Jahre 1930 auf 585 000 Mark gesteigert.

Die Lohnsumme sank von 7,198 Millionen Mark auf 6,782 Millionen Mark.

Das vom Reichstag gebilligte Programm für die Jahre 1930 bis 1932 hat sich ohne Zweifel auf die Stetigkeiten der Entwicklung der Lufthansa günstig ausgewirkt. Man wird zugeben müssen, dass der Luftverkehr auch in Zukunft einer derartigen festen Grundlage nicht entbehren kann. Die Lufthansa fordert in ihrem Geschäftsbericht ein Programm für die Dauer von 6 Jahren, um vor allem die Abschreibungen sicherstellen zu können. Die Abschreibungen für 1931 selbst stellen sich auf 5,9 Millionen Mark gegenüber 5,2 Millionen Mark im Jahre vorher.

Zu dem Verhältnis von Einnahmen, Ausgaben und Subventionen ist folgendes festzustellen: Einschliesslich der Beihilfen in Höhe von 17,32 Millionen Mark stellte sich die Einnahme für ein Flugkilometer im Jahre 1930 auf 3,01 Pfennige, im Jahre 1931 dagegen auf 3,02 Pfennige. Die Ausgaben werden, immer pro Flugkilometer, für 1930 mit 2,46 Pfennigen angegeben, für 1931 mit 2,37 Pfennigen. Wenn man die Subventionen unberücksichtigt lässt, ergeben sich pro Flugkilometer für 1930 Einnahmen in Höhe von 1,14 Mark und für 1931 Einnahmen von 1,05 Mark.

Das innerdeutsche Streckennetz ist durch Verringerung der Linien mit einer Reichweite unter 300 Kilometern - von 24 auf 15 - verbessert worden. Der Anteil dieser Strecken am Gesamtstreckennetz ging von 40 % im Jahre 1930 auf 28,8 % im Jahre 1931.

SPD. Aus Stettin wird uns geschrieben: "Die neue Notverordnung wirft der Grossindustrie durch Halbierung der Aufbringungssteuer ein Geschenk von 100 Millionen Mark in den Schoß - z.T. auf Kosten der ostdeutschen Wirtschaft. Die Aufbringungssteuer sollte 200 Millionen Mark einbringen, wovon 80 Millionen für Zwecke des Reichshaushalts, 90 Millionen für die Osthilfe und 30 Millionen für gewerbliche Kredite verwandt werden sollten. Jetzt werden diese Summen um die Hälfte gekürzt. Wenn man auch noch von Glück sagen kann, dass die für die Zwecke des Reichshaushalts zur Verfügung stehenden Mittel nur auf 40 Millionen und nicht ganz zusammengestrichen sind, so ist angesichts der Kürzung der Osthilfemittel von 90 auf 45 Millionen die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass nunmehr zur Verzinsung der ausgegebenen und noch auszugebenden 500 Millionen Entschuldungsbriefe mehr Reichsmittel als bisher notwendig sein werden. Daneben sollten aus den Mitteln der Industrieumlage aber auch noch 100 Millionen in bar zur Umschuldung und zwar zur Befriedigung der kleinen Gläubiger wie Handwerker und Händler verwandt werden. Ob das jetzt noch möglich ist, ist zweifelhaft. Ein Ersatz der Barauszahlung durch Ausgabe von erst später einlösbaren Ablösungsscheinen ist für diese kleinen Gläubiger der Landwirtschaft natürlich wieder mit einem neuen Verlust verbunden. Schliesslich werden durch die Einschränkung der Umschuldung die von den Nazis unterstützten Wünsche der Agrarinteressenten nach Entschuldung für die gesamte Landwirtschaft, d.h. die Zusammenlegung von Hypotheken und sonstigen Grundbuchforderungen gefördert. Die Unruhe unter den Gläubigern der Landwirtschaft, die bereits durch die bestehenden Notverordnungen sehr erheblich ist, weil die Notverordnungen die Interessen des Grundbesitzes wahren, wird also durch die Halbierung der Industrieumlage noch vergrössert. Die Kreditgewährung an die Landwirtschaft wird auf verstärkte Schwierigkeiten stossen, was zur Folge hat, dass noch mehr Reichsbürgschaften für Lieferungen an die Landwirtschaft geleistet werden müssen.

SPD. Die deutsche Handelsbilanz weist im Monat Mai zwar einen Ausfuhrüberschuss in Höhe von 87 Millionen Mark aus; wenn man die Reparationsleistungen in Höhe von 9 Millionen Mark einbezieht, dann stellt sich der Ausfuhrüberschuss sogar auf 96 Millionen Mark gegenüber rund 45 Millionen Mark im Vormonat. Betrachtet man das Ergebnis aber im Zusammenhang, dann ist der im Monat Mai gegenüber dem Vormonat gestiegene Ausfuhrüberschuss ein sehr schlechter Trost. Die Einfuhren haben sich vom April bis Mai 1932 von rund 427 Millionen Mark auf 351 Millionen Mark verringert. Bei der Ausfuhr liegt ein Rückgang von 472 Millionen auf nicht ganz 438 Millionen Mark vor. Damit hat der deutsche Aussenhandel den tiefsten Stand seiner Ausfuhr erreicht. Der Ausfuhr von 438 Millionen Mark im Mai 1932 stand im Oktober 1931 noch eine Ausfuhr von 879 Millionen Mark gegenüber und im Oktober 1929, dem Höchststand der deutschen Warenausfuhr, sogar ein Export von 1 247 Millionen Mark. Selbstverständlich sind seitdem die Preise gesunken. Aber wenn man den Preisrückgang, etwa ein Drittel von den Konjunkturpreisen, berücksichtigt, ergibt sich die ungeheuerliche Tatsache, dass sich gegen die Konjunkturzeit 1929 die deutsche Warenausfuhr glatt halbiert hat. Die Boykottbewegung im Auslande z.T. hervorgerufen durch eine provokatorische Zollpolitik in Deutschland, steigert die Boykottbewegung gegen deutsche Waren und die von der Regierung betriebene Handelspolitik hat nicht die Kraft, den Platz des deutschen Handels im Auslande zu behaupten. Einfuhren und Ausfuhren schrumpfen weiter - und so haben wir bald mehr Autarkie als uns lieb sein kann. Traurig ist nur, dass tausende, hunderttausende von fleissigen Arbeitern und Angestellten diese wahnsinnige Politik mit Arbeitsplatz und Brot bezahlen müssen.

Die Gesamteinfuhr, die von April bis Mai 1932 von 427,2 Millionen auf 351,1 Millionen gefallen ist, steht unter dem Druck einer verringerten Rohstoffeinfuhr. Die politische Unruhe im Lande, die die neue Adelsregierung durch ihre Experimente z.B. durch die Aufhebung des SA-Verbotes fördert, lässt es der Wirtschaftsratsam erscheinen, vorläufig jedes Geschäft abzulehnen, das nicht ganz sicher ist. Wie soll man heute Rohstoffe einführen, wenn man nicht weiss, unter welchen Umständen man die Ware in einigen Monaten verkaufen kann? Das ist der Druck, der auf der Unternehmungslust und damit auf den Einfuhren lastet. Mengenmässig ist die Rohstoffeinfuhr im Mai 1932 um 11 % unter den Stand des Monats März 1932 gesunken. Während die Lebensmitteleinfuhren in den ersten 5 Monaten des Jahres 1932 nur um 4 % absanken, hat sich die Rohstoff-einfuhr, immer mengenmässig, um 15 % verringert. Gegenüber dem Monat April 1932 liegt eine Verringerung der Lebensmitteleinfuhren um 16 % und eine Verringerung der Rohstoffeinfuhren um 20 % vor.

Die Warenausfuhr, die von 472,2 Millionen im April auf 437,9 Millionen im Mai zurückgegangen ist, leidet vor allem unter dem verringerten Fertigwarenxport. Der Fertigwarenxport, der im Monatsdurchschnitt 1931 noch 615 Millionen ausmachte und im Monatsdurchschnitt 1930 sogar noch 753 Millionen, sank von April auf Mai 1932 von 372,4 Millionen Mark auf 355,6 Millionen Mark ab. Vor allem hat die Ausfuhr von solchen Waren, wie Textilien, Chemikalien usw. gelitten, für deren Aufkäufe solche Länder in Frage kommen, mit denen Deutschland überflüssigerweise Handelskonflikte hat. So ist z.B. die Ausfuhr nach Holland stärker zurückgegangen, aber auch die Ausfuhr nach England und den englischen Kolonien. Der tolle Kurs, der gegenwärtig in der Handelspolitik gesteuert wird, führte dazu, dass die deutsche Handelsbilanz mit England früher immer aktiv, bereits passiv ist.

Es sind schlimme Dinge, die sich aus der Maibilanz ergeben. Leider fehlt uns eine Regierung, die Willen und Kraft hat, hier Änderungen anzubahnen. Von der unter Druck der Nazis stehenden Adelsregierung ist auch auf diesem Gebiet nichts zu erwarten.

SPD. Zwischen der Reichsbank und der tschechoslowakischen Nationalbank ist vereinbart worden, dass in der Tschechoslowakei beschlagnahmte deutsche Guthaben und inländische Guthaben von Personen, die in der Tschechoslowakei ansässig sind, in gewissem Umfang für den Warenverkehr freigegeben werden. Das Reichswirtschaftsministerium hat infolgedessen die Devisenbewirtschaftungsstellen durch Runderlass ermächtigt, unter gewissen Voraussetzungen inländischen Schuldner von sogenannten Stguthaben, die vor dem 16. Juli 1932 entstanden und nicht Gegenstand des Stillhalteabkommens sind, sowie von Guthaben, die aus tschechischen Warenlieferungen nach Deutschland vor dem 1. Juni 1932 entstanden sind, die Genehmigung zur Einzahlung der Schuldbeträge auf ein Sonderkonto, das für die Tschechoslovakische Nationalbank bei der Reichshauptbank Berlin geführt wird, zu erteilen. Es handelt sich bei dieser Vereinbarung nicht um ein Clearingabkommen, sondern um eine teilweise Verwertung der bisher in den beiden Ländern festliegenden Guthaben für den Warenverkehr. Ueber die näheren Einzelheiten dieser Regelung können die Industrie- und Handelskammern Auskunft erteilen.

In dem gleichen Runderlass sind ferner gewisse Erleichterungen bei Verrechnungen von deutschen Forderungen gegen ausländische Schuldner mit deutschen Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern getroffen worden. Die Devisenbewirtschaftungsstellen können bei Genehmigung solcher Verrechnungen unter Umständen gestatten, dass - abweichend von den Bestimmungen der Devisenverordnung - der Verrechnung ein anderer als der massgebende Berliner Börsenkurs zu Grunde gelegt wird. Ist an der Verrechnung sowohl ein inländischer Gläubiger wie ein inländischer Schuldner beteiligt, so wird nunmehr beiden die Genehmigung von der Devisenbewirtschaftungsstelle erteilt, in deren Bezirk der an der Verrechnung teilnehmende inländische Schuldner seinen Sitz hat.

---

#### Gemüsemarkt.

---

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle, RM je 50 kg, einschliesslich Fracht, Spesen und Provision). Wirsingkohl, Berl. Gärtherware 50 kg 8 - 10, Blumenkohl 100 Kopf 12 - 25, do. Suppen 5 - 10, Kohlrabi Freiland gross Schock 1.20 - 1,50, do. klein 0,40 - 0,60, do. mittel 0,80 bis 1,10. Radieschen Schockbd. 1.50 - 2, Meerrettich 50 kg 45 - 50, Porree je nach Grösse -, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd 5 - 10, Salat Freiland 100 Kopf 3 - 5, do. Dresdener 7 - 10, Spinat 50 kg 7 - 10, Pfefferlinge 50 - 58, Gurken Treibhaus I u. II. 100 Stck. 12 - 22, do. III 6 - 10, do. holl. 15 - 23, Spargel I gebündelt 50 kg 20 - 28, do. lose 18 - 24, Spargel II 12 - 16, do. lose 8 - 12, Spargel III 6 - 8, do. lose 3 - 5, Edel-Champignons 80 - 130, do. II 50 - 80, Schoten 15 - 20, Tomaten Treibhaus 28 - 40, Khabarber Freiland 1.50 - 2.50.

---

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

---

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung vom 16. Juni, je Zentner waggonfrei ab märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1.40 - 1,60, Rote Kartoffeln 1.80 - 2, Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,90 - 3,10 RM. Fabrikkartoffeln 7,50 - 8,50 Rpf pro Stärkeprozent.

---

Man hofft aus Preistreiberei.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Juni.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Stimmung am Donnerstag wieder etwas fester. Nach den Preisrückgängen der letzten Tage zeigte sich eine gewisse Reaktion und im Handel mit prompter Ware konnte der Preisrückgang wieder aufgehoben werden. Das Angebot blieb recht knapp, während auf der anderen Seite einigcs Deckungsbedürfnis bestand. So blieben hier die Notierungen unverändert, während im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft sogar Preisgewinne zu verzeichnen waren, die sich beim Weizen auf 2, beim Roggen auf 1 bis 1½ Mark beliefen. Im Mehlhandel kam diese Bewegung noch nicht zur Auswirkung. Hier herrschte weiter grösste Zurückhaltung der Käufer, wobei die Forderungen der Mühlen unverändert lauteten. Am Hafermarkt war die Stimmung wieder etwas fester. Bei kleinem Angebot herrschte vermehrte Nachfrage, sodass die Preise um etwa 1 Mark anziehen konnten.

|  | 15.6.                          | 16.6.         |
|--|--------------------------------|---------------|
|  | (ab märkische Station in Mark) |               |
| Weizen   | 249 - 251                      | 249 - 251     |
| Roggen   | 186 - 188                      | 186 - 188     |
| Futter- und Industriegerste  | 164 - 170                      | 164 - 170     |
| Hafer  | 154 - 158                      | 155 - 159     |
| Weizenmehl   | 31,00 - 34,75                  | 31,00 - 34,75 |
| Roggenmehl   | 25,25 - 27,20                  | 25,25 - 27,20 |
| Weizenkleie  | 10,30 - 10,80                  | 10,30 - 10,80 |
| Roggenkleie  | 9,80 - 10,30                   | 9,80 - 10,30  |
| Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 260 (259), Sept. 229½ - 229½ (227½) Okt. 230½ - 230 (228), Dez. 235 - 234½ Brief (232½) Roggen Juli 183½ (183), Sept. 180 - 180½ (178½), Okt. 181 (179½) Dez. 184½ (183) Hafer Juli 162½ - 162 Brief (159), Sept. 148 - 147 (144½), Okt. 148 + Brief (-). |                                |               |

### Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 16. Juni). A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte, über 65 g 7,75, über 60 g 6,75, über 53 g 6, über 48 g 5,50, frische Eier über 60 g 6,25, über 53 g 5,75, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50. B. Auslandsener: Dänen und Schweden 18er 7,25, 17er 6,50, 15½-16er 5,75 - 6, leichtere 5 - 5,25, Estländer 18er 6,75, 17er 6,25, 15½-16er 5,50 - 5,75, leichtere 5; Rumänen 4,75 - 5,25; Russen normale 4,25 - 5, abweichende 4 - 4,25, kleine, Mittel und Schmutzeier 4. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

### Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 16. Juni. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. 96, abfallende Sorten 89 RM je 50 kg, Tendenz: sehr ruhig.

# Die sozialistische Frau

A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 47

Berlin, den 16. Juni 1932

## Und die Frauen?<sup>x</sup>

-----

SPD. Schon bei der ersten Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten wurde gesagt, dass diese Wahl in der Hauptsache zustande gekommen wäre durch die Stimmen der Frauen. In einer Versammlung in Paris, in der ich über die Wirkungen des Frauenstimmrechts in Deutschland sprach, wurde diese Tatsache stark betont. Die französischen Gegner des Frauenstimmrechts stellten sie als einen Schaden hin, denn die deutschen Frauen hätten einem General, einem Vertreter des Kriegsgedankens, zum Siege verholfen. Dagegen erklärten die Befürworter des Frauenstimmrechts, dass die deutschen Frauen einem Manne zum Siege verholfen hätten, der von dem Augenblick an, als er die Verfassung beschwor, sich ehrlich und treu zu dieser bekannte und damit auch dem Gedanken der Völkerversöhnung diene.

Als es sich darum handelte, Hindenburg zum zweiten Male zum Siege zu verhelfen, war es vor allem der frühere Reichskanzler Brüning, der sich an die Frauen wandte. Er wies darauf hin, dass Hindenburgs Wahl für die Frauen, die Mütter so besonders bedeutungsvoll wäre, denn eine Niederlage Hindenburgs bedeute Bürgerkrieg, bedeute Krieg nach aussen, bedeute eine Gefährdung aller Kulturgüter, die das deutsche Volk trotz allem Schweren, was es seit Kriegsende zu tragen hatte, sich zu erhalten verstanden hätte. Bei der Wahl sollten die Frauen an die Kinder denken, um deren Zukunft es ginge. Und die grosse Mehrzahl der Frauen ist denn auch erneut für die Wahl Hindenburgs eingetreten.

Der Reichspräsident hat nach seiner ersten Wahl die Anhänger der Rechten enttäuscht, die von seiner Wahl eine Stärkung der Reaktion erhofft hatten. Der gleiche Reichspräsident enttäuscht dieses Mal seine politisch zum mindesten republikanisch eingestellten Wähler, denn er opferte den Kanzler, der sich so stark für ihn eingesetzt hatte, und übertrug die Regierungsgewalt Männern, die wahrhaftig keine überzeugten Anhänger des republikanischen Gedankens sind, zum Teil sogar sich ganz offen als Gegner des heutigen Systems bekennen.

Und die Frauen? Wieviel hatte man gerade ihnen versprochen! Wieviel hatten sie erhofft! Eine Enttäuschung mussten sie erleben, deren Tragweite sie noch gar nicht erfasst haben. Sonst würden sie wohl einmütig Protest dagegen erheben, dass der Mann ihres Vertrauens sich wenige Wochen nach der Wahl ganz anders zeigt, als sie angenommen hatten.

Woran ist der Kanzler, der die Frauen so warm zur Wahl Hindenburgs aufgefordert hatte, gescheitert? Zum nicht geringen Teil an dem für die Frauen so bedeutsamen Siedlungsproblem. Immer wieder, wenn das Gespenst der Arbeitslosigkeit sich drohend erhob, wenn die Mütter sich fragten, was künftig aus ihren Kindern werden sollte, schien ihnen ein Trost gewiss. Denn man wies sie darauf hin, dass in allernächster Zeit das Wohnheimstättengesetz angenommen werden müsste, das den Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung wahr machen sollte, der allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine gesunde Wohn- und Wirtschaftsstätte in Aussicht stellt. Damit sollte der ungerechten Verteilung des Bodens ein Ende gemacht werden. Heimstätten sollten errichtet werden. Die Gemeinden sollten Bodenvorratswirtschaft treiben als Landbeschaffung für Wohnheimstätten! Die grossen Güter, vor allem im deutschen Osten, sollten einen Teil ihrer Ländereien hergeben zum Zwecke der Siedlungen. Die



Gutesherren konnten den Steuerwert ihres Besitzes selbst einschätzen. Nach diesem Steuerwerte sollte enteignet werden, wie ja auch immer schon enteignet wurde, wenn Strassen oder Bahnstrecken gebaut werden sollten. Aber von einer Schädigung konnte nicht die Rede sein, da ja die Besitzer selbst den Wert ihres Besitzes bei der Steuereinschätzung angeben.

Siedlungen - das bedeutet für unzählige deutsche Frauen ein Heim für ihre Kinder, Arbeit auf einem kleinen Stück Land zur Ernährung der Familie, bedeutet ein Ende der Wohnungsnot, die so schwer auf unserm Volke liegt, bedeutet, dass Ehen geschlossen, Familien gegründet werden können, bedeutet körperliche und geistige Gesundung unsrer so schwer notleidenden Generation. Die Pläne der Siedlungspolitik führten den Sturz der Regierung Brüning herbei. Hindenburg hat auf die Grossgrundbesitzer gehört. Er hat nicht mehr an seine Versprechungen gedacht, die er schon während des Krieges gab, die er immer wieder erneuert hat: "Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wucherhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist". An solche Worte haben die Frauen geglaubt, die Hindenburg ihre Stimme gaben. Sie sind enttäuscht, sie sind verraten worden. An diese Frauen geht deshalb der Ruf, bei der Reichstagswahl durch Stimmabgabe für die Sozialdemokratie zu retten, was durch den neuen Kurs gefährdet erscheint: das Heim, die Familie, das Glück ihrer Kinder. Denn die Stimmen der Frauen geben immer wieder den Ausschlag.

Anna Bloss.

-----  
Jugend! Heran an die Jugend!!<sup>x</sup>  
-----

SPD. Die junge Generation wird am 31. Juli mitbestimmen über ihr Schicksal und das des ganzen Volkes. Sie wird zu entscheiden haben, ob sie die kommenden Jahre unter den Knuten der faschistischen Diktatur in den Kasernen und Gefängnissen des "Dritten Reiches" schmachten oder gemeinsam mit dem sozialistischen Proletariat gegen die Nazi-Junker, die Nazi-Grossagrarien und die Nazi-Industriellen kämpfen will für die soziale Demokratie. Viel, sehr viel hängt von der Entscheidung der wahlberechtigten Jugend ab. Wie wird sie sich entscheiden?

Die wahlberechtigte Jugend ist heute die gewaltige Armee der zwanzig- bis fünfundzwanzigjährigen Arbeitslosen, die seit Jahren statt eines Arbeitsbuches die längst nicht mehr erste Stempelkarte besitzen. Wie ist ihre Lage? Die Kreise, die über eine Verrohung dieser Jugend jammern, haben bisher keinen Grund dazu gehabt. Eigentlich verhielten sich die arbeitslosen jungen Menschen erstaunlich still, obwohl die Strasse die einzige Erziehungsanstalt, der furchtbare Menschengestalter für Hunderttausende dieser jungen Menschen geworden ist. Sie haben gewartet, haben sehnsüchtig nach dem ersten Jahr eine Aenderung herbeigewünscht. Sie haben das zweite Jahr ihrer Arbeitslosigkeit vorüberkriechen sehen, ohne dass es ihnen Erlösung gebracht hätte. Und im dritten Jahre glaubt man schon kaum mehr an die Erfüllung solcher alten Wünsche. Die Schlangen vor den Obdachlosenasylen sind grösser geworden. Die Volksküchen schieben Schichten ein. Das Heer der Arbeitslosen wuchs in der Zwischenzeit vor den Stempelstellen zu ungeahnter Grösse an. Die Alten, die Familienväter, auch wenn sie erst später auf die Strasse gesetzt wurden als die Jungen, stehen immer vornan. Der junge Mensch sieht verbittert: das Warten hat keinen Zweck für ihn. Er wird immer übergangen.

Dehmel sang einmal: "Uns fehlt nur eine Kleinigkeit, um so frei zu sein wie die Vögel sind: Nur Zeit." Die jungen Arbeitslosen haben Zeit, viel Zeit.

Sie können zur Genüge und gründlich über ihr Schicksal nachdenken. Ihre Gedanken kreisen heute ständig um ihr Leben. Das ist es: Zu einem grossen Teil kriegen die Jugendlichen keine oder nur eine kärgliche Unterstützung. Sie müssen von den Eltern, den nahen Verwandten durchgeschleppt werden. Ob im Elternhaus, ob bei den Geschwistern - sie erfahren alle Tage, wie unnützlich sie sind, wie überflüssig, wie sie im Wege stehen. Das Essen wird ihnen widerwillig zugehoben, denn die Geber haben selber mit der Not zu ringen.

Da lebt so ein zwanzigjähriger.... Er weiss, diese verpfuschten Jahre des Jungseins ersetzt ihm keiner; die sieht er nie wieder. Das menschliche Leben kennt nicht, wie die Natur, alle Jahre einen neuen Frühling. Sein Frühling ist einmalig und sie so aus: Er läuft abgerissen herum; er sieht alle Tage in den Schaufenstern, wie arm er ist, wie nackt, wie zur Seite gestossen, ein hoffnungslos Hoffender; er hat kein Geld, keinen Anzug, keine Schuhe, keine Socken - alles ist abgetragen, zerrissen, unbrauchbar, zu klein geworden. Und er weiss: die Menschen, die gemütsvoll und lebensklug sagen: man kann auch ohne dieses alles leben - "die innere Haltung macht's, junger Mann, die innere Haltung!" - diese Menschen haben Geld und Anzüge, Kino und Tanz und haben es auch in ihrer Jugendzeit gehabt.

Hunderttausende dieser jungen Menschen werden am 31. Juli zur Wahlurne schreiten. Keiner von ihnen darf eine Beute des Rückwärts=Radikalismus Hitlers werden, der noch nie anderes über die Arbeiterschaft gebracht hat, als: Tote, Blut, Tränen und verstärkte Not!

Dass mancher junge Mensch nicht zufrieden ist mit dem, was die Sozialdemokratie bisher erreicht hat: nichts ist natürlicher als dies. Hat doch die junge Generation zu wenig in ihrem kurzen Leben die Einrichtungen in Anspruch nehmen können, die von uns in jahrzehntelangen Kämpfen erzwungen und ausgebaut wurden: das Betriebsrätegesetz, das Arbeitsrecht, den Tarifvertrag, die Sozialversicherung u.v.a. Es fehlt auch dieser Jugend der Vergleich mit gestern - weil sie erst seit heute lebt! Sie kann nur sehen, wie es ihr geht - nicht, wie es ihren Vätern gegangen ist! Und sie hat für ihre Betrachtung ein volles Recht!

Doch wer soll ihr helfen? Werden die Gutsbesitzer, die Generaldirektoren, die alten wilhelminischen Offiziere, diese Führer der Hitler="Arbeiter"-Partei, für die Jugend wirken? - Genau so wenig, wie diese Agenten des Kapitals die Interessen der Arbeiterschaft vertreten werden! Das Proletariat kann sich nur selber helfen! Und nur Seite an Seite mit den alten Klassengenossen kann die Jugend ihr Leben ändern! Die Partei der deutschen Arbeiterschaft ist und bleibt die kampferprobte Sozialdemokratie. Sie ist die Partei der Zukunft! Wir müssen der um ihre Jugend betrogenen Jugend bei jeder Gelegenheit - und wir haben uns diese Gelegenheiten täglich zu schaffen! - das grosse Ziel der Sozialdemokratie: die soziale Demokratie, in die Hirne hämmern! Durch uner müdliche Aufklärung wird die Jugend erkennen, dass ihre Not verursacht ist von einer Wirtschaft, die nicht die unsre ist! Uns allen erwächst die Aufgabe, in dieser Jugend den Glauben an den gangbaren Weg zum sozialistischen Staate zu wecken! Erst dann wird sie erkennen, dass die Rattenfänger, die sich ihr mit Hakenkreuz und SA-Uniform, mit Bettelsuppen und Unternehmerpfennigen nähern, den jungen Proletariern keine Freiheit bringen wollen, sondern eine unmenschliche uniformierte Knechtschaft! Dass sie für ein mageres Linsengericht sich, ihre notleidenden Klassengenossen, das ganze Proletariat an die Kreise verkaufen soll, die allein Schuld sind an dem Hunger, der Not und Verzweiflung der jungen Menschen unsrer Tage! Es wird ihnen in Fleisch und Blut übergehen: Hitlerstaat bedeutet die Unterjochung des Gesamtproletariats, also auch der Jungen, unter der Herrschaft einer faschistischen Offiziers=Clique!!

Die Wochen bis zum 31. Juli müssen genutzt werden! Eine grosse politische Aufgabe erwächst diesmal besonders den Mitgliedern der sozialistischen Jugend=

organisationen!! Junge Sozialisten, Freigewerkschafter, Arbeitersportler, Reichsbannerkameraden! In diesen Wochen habt ihr die Feuerprobe vor der Ge-schichte zu bestehen! Euch fällt vornehmlich die Aufgabe zu, eure Altersgenossen, die aus Verzweiflung ihren eigenen Schlächtern in die Arme laufen wollen, zurückzureißen, zurückzuhalten, sie aufzurütteln, sie einzureihen in das Glied eurer Organisation, in das gewaltige Heer der "Eisernen Front"! Ihr müsst in diesen Wochen, die für die deutsche Republik, für die deutsche Arbeiterklasse und damit für die Entwicklung des Sozialismus in der ganzen Welt von so ungeheurer Bedeutung sein werden, unermüdlich sein! Zeigt, dass die jahrelange Schulungsarbeit in den Jugendorganisationen einen praktischen politischen Wert hat! Jeder von euch suche Auseinandersetzungen mit Gleichaltrigen! Schafft Aufklärung! Seid unermüdlich!! Sozialistische Jugend - die Parole der nächsten Wochen lautet:

Jugend! Heran an die Jugend!!

W.K.

-----  
Abend im Park.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Am Eingang zum Schlosspark, an dem mächtigen Gittertor, das einstmal das Volk von seinem "Landesvater" trennte, steht ein Schild: "Der Schlosspark wird um 9 Uhr geschlossen!" Dann folgt noch eine Aufzählung dessen, was in ihm alles verboten ist.

Es ist ein grosser, schöner Park, der sich hinter dem Schloss erstreckt. Mit vielen verschlungenen Wegen, mit Hecken und Boshetts, mit kleinen Seen und Brücken. Man kann in ihm stundenlang spazieren gehen.

Jeden Nachmittag um halb vier kam das alte Fräulein angetrippelt, mit kleinen Schritten und so eilig, als fürchtete sie, etwas zu versäumen. Der Mann in der Mütze, der am Tore stand, nickte ihr zu und sah ihr jedesmal nach, wenn sie die lange Alle hinunter nach dem See schritt. Er wunderte sich auch schon gar nicht mehr, weder über ihr Aussehen noch über ihre Pünktlichkeit.

Auch viele von den Menschen, die täglich in dem Park spazieren gingen, kannten das Fräulein vom Sehen. Sie trug immer nur das eine schwarze Kleid, wie es die Frauen einmal vor vielen Jahren getragen hatten, und das nun garnicht mehr in die heutige Zeit hineinpasste. Manchmal kicherten auch ein paar junge Mädchen hinter ihr her, lachten über den dünnen schwarzen Schleier, den das Fräulein vor dem Gesichte trug, und sahen ihr lange nach. Aber das Fräulein kümmerte sich nicht darum. Sie blickte weder nach rechts noch nach links, sondern lief weiter mit hastigen, kleinen Schritten, bis nach einem Seitenwege, wo unter einem schattigen Baum eine Bank stand. Auf dieser Bank blieb sie den ganzen Nachmittag sitzen. Erst, wenn am Abend sich der Park wieder mit Menschen füllte, stand sie auf. Manchmal lief sie auch noch nach der kleinen Brücke und sah den beiden Schwänen zu, die einsam in der Mitte des Sees schwammen. Sie stand dann auf der Brücke wie eine schmale, zerbrechliche Silhouette, mit ihrem alten müden, verstaubten Gesichte, das unter dem Schleier wie leblos wirkte. Dann verschwand sie wieder. Wie ein Schatten, ein Spuk, beinahe wie ein Gespenst aus einer vergangenen Zeit.

Der Park gehörte dem Volke. Früher hatten einmal auf diesen Wegen Reifrocke geknistert, waren Kavaliere, müssige Hofschranzen dahingeschritten. Aber von dem Prunk und Glanz dieser ruhmlos untergegangenen Zeit war nur das Schloss übriggeblieben und die vielen Statuen und Hermen, die Dianen und Bogenschützen, die zwischen den Bäumen schimmerten. Nun gingen Arbeiter und Kleinbürger, Mütter mit ihren Kindern durch den Park. Liebespaare schritten am Abend auf den verschlungenen Wegen, die schon viel Geflüster und zärtliche Worte gehört hatte.

An einem Juniabend ging ein junger Arbeiter mit seinem Mädcl Arm in Arm durch den Park, dessen Akazienbäume und Jasminbüsche ihren betäubenden Duft in die abkühlende Luft hineinströmten. Die Dämmerung war kaum angebrochen, aber vom See her kam es sehr kühl. Die Beiden bogen vom Hauptwege ab, in den Seitenpfad hinein. Als sie sich jedoch auf die Bank setzen wollten, sahen sie, dass da schon etwas Schwarzes sass. Es war das alte Fräulein, das mit starren Augen vor sich hinsah und die Beiden nicht zu bemerken schien. Sie setzten sich an das andere Ende der Bank. Der Abend wurde immer stiller. Von draussen her wie aus einer weiten Ferne hörten sie das Läuten und Rollen der Strassenbahnen, das Hupen der Autos und den Abendlärm der Grosstadt. Anstelle der Kinder, die am Nachmittag noch die Wege mit ihrem Geschrei erfüllt hatten, traten jetzt die bespaare aus dem dämmrigen Dunkel des Parkes. Es wurde immer stiller. Nur im Schilf des Teiches schrieen Wildenten und Rohrdommeln. Endlich begann die Glocke am Eingang des Parkes zu bimmeln, als wollte sie die Menschen mit Gewalt aus dem Park fortzerren. Die gingen aber von selber heraus, denn der Abend wurde kühler, und ein leiser Wind strich über die Bäume. Auch die beiden jungen Liebesleute standen von der Bank auf. Aber als sich das Mädchen umwandte, sah sie, dass der Kopf des alten Fräuleins auf die Seite gesunken war und ihre offenen Augen immer noch auf einen Punkt im Dunkeln starrten. "Wir wollen sie wecken", sagte das Mädchen zu ihrem Freunde, "sie muss eingeschlafen sein; sonst wird sie ja eingeschlossen."

Sie ging hin und berührte die Alte an der Schulter. Aber davon sank der Kopf nur noch mehr auf die Seite und klappte endlich ganz vornüber. Da merkten die Beiden erst, dass das alte Fräulein tot war. Sie hatte wohl auch schon in den ganzen letzten Jahren nicht mehr richtig gelebt. Hatte sich nicht mehr abfinden können mit der neuen Zeit, mit den Menschen, dieneben ihr gingen. So lief sie jeden Tag hierher in den alten Park, wo immer noch die alten Wege waren, die alten Denkmäler. Dort träumte sie von den alten Zeiten, von einer entschwundenen Pracht, der ausser ihr nur noch wenige nachweinten. Und dort hatte sie endlich auch der Tod ereilt; sanft und rasch. Sie war gestorben, als an ihrer Seite das Leben sass, das junge, starke Leben, das sich seinen Weg erzwang. Sie war gestorben, wie sie zuletzt gelebt hatte, einsam, und ohne ein Wort zu verlieren. -

Alfred Prugel.

### Rathenaus Stellung zur Frau.<sup>x</sup>

SPD. Walter Rathenau gehört zu den Persönlichkeit, deren Werk längst Geschichte geworden ist, deren Name in allen Ländern der Erde mit Hochachtung genannt wird. In der Deutschen Republik wird er immer unvergessen bleiben als ein Führer, der in schwerster Stunde den Mut aufbrachte, das Staatsruder zu erfassen und es verantwortungsbewusst zu führen, bis er unter den Revolverschüssen verzehretter rechtsradikaler Jugendlicher verblutete.

Und doch wissen wir heute, zehn Jahre nach seinem Tode, verhältnismässig wenig von dem Menschen Rathenau. Er tritt völlig hinter dem Organisator, dem Staatsmann, dem Politiker und Schriftsteller zurück, und selbst dort, wo er sich an die Jugend wendet und besonders warme Töne findet, wie in seinem Buche "Von kommenden Dingen", ist es, als ob sich ein unsichtbarer Schleier zwischen den Verfasser und den Leser lege, der jeden Blick hemmt. Walter Rathenau spricht begeistert von der Aufgabe aller verantwortungsbewussten Deutschen; er wird nicht müde, den Weg aufzuzeichnen, der gegangen werden muss - aber er verstummt, sobald es um ihn selbst geht. Dieser Eindruck vertieft sich noch in seinen Briefen. Bei aller Herzlichkeit wirkt Rathenau seltsam verschlossen. Er versteht es, zu schweigen und Distanz zu halten. Seine starke Sachlichkeit, sein persönliches Zurücktreten hinter politischen, wirtschaftlichen, philosophischen

Problemen ist auch der Hauptgrund, weshalb seine Schriften verhältnismässig wenig von Frauen gelesen werden. Die Arbeiterfrau wird abgeschreckt durch die manchmal nicht leicht zu fassende Art der Problemstellung, die gewisse Vorkenntnisse, eine gewisse Vorbildung verlangt und so garnicht der Forderung nach "Popularität" entspricht. So ist Walter Rathenau der grossen Masse der Frauen bis heute ziemlich fremd geblieben. Und doch gibt es seit kurzem einen Weg, der diesen Abgrund zu überbrücken vermag, und der, ohne jede Rücksicht auf Vorkenntnisse, ein klares Bild Rathenaus vermittelt. Es sind die Briefe an Lore Karrenbrock, die von der Rathenau-Stiftung vor wenigen Monaten veröffentlicht wurden. Die ungeheure Arbeitslast, die der Aussenminister Rathenau zu bewältigen hatte, seine Kämpfe, die Intrigen, die sich um ihn spannen, sein politisches Werk - das alles bildet den Hintergrund dieses Briefwechsels. Darüber hinaus aber führen diese Briefe in zutiefst Persönliches. Hier wird eine letzte Tür geöffnet, die zur Seele des Menschen Rathenau führt. Hier spricht er selbst aus, was sonst hinter einem Schleier sich verbirgt. Und endlich enthüllt sich in diesem Briefwechsel das Verhältnis Rathenaus zu den Frauen, seine Auffassung von der Ehe, das Geheimnis seiner Einsamkeit.

"Jetzt habe ich viel Einsamkeit nötig. Das ist wohl der tiefste Grund, weshalb ich unverheiratet blieb. Ich hätte die Frau unglücklich gemacht, denn ich hätte abseits von ihr leben müssen" - dieser Gedanke zieht sich durch den gesamten, über vier Jahre währenden Briefwechsel. Lore Karrenbrock, die fast um 30 Jahre Jüngere, kämpft mit der Kraft ihrer Liebe vergeblich gegen das Bollwerk an, das der ihr geistig weit Ueberlegene um sich errichtet hat. "Wenn Sie für mich da sein wollen, so können Sie es nur, indem Sie für sich da sind, für die Kräfte, die ihnen gegeben sind", antwortet Rathenau auf einen ihrer Briefe. "Um einen Menschen kämpfen - hier liegt das Unauflösbare. Das Wort stammt aus einer Sphäre, die nicht die unsre ist. Kämpfen kann man nur in sich". Und endlich noch deutlicher: "Ich kenne diese Sehnsucht und fühle sie Ihnen nach und weiss doch, wie vergeblich sie ist. Vereinigung gibt es nur im Bereich der Sinne, und auch die ist flüchtige Täuschung. Die Seelen aber stürzen hinter einander her wie die bewegten Sterne und können doch ihre Bahn nicht verlassen und begegnen sich nicht." Und doch legt Rathenau das Geständnis ab: "Auch ich habe mit aller Seelenkraft nach einem Menschen gesucht, dem ich mein Leben hätte darbringen mögen. Aber ich habe ihn nicht gefunden. Auch unter den Männern nicht."

Immer stärker und tiefer wird man angezogen von der Kraft dieses einsamen Lebens, das völlig aufgeht in seiner grossen Aufgabe. Rathenau empfindet sich selbst wie einen zweiten, einen fremden Menschen, der "seinen Befehl hat"; der nur dadurch er selbst sein kann, dass er Schaffender ist und bleibt. Er leidet unter diesem Schaffen; er empfindet seine Stellung als Minister unerträglich bedrückend, quälend und aufreibend, und doch gibt er sich dieser Aufgabe bewusst und klar hin, ohne sich zu schonen.

Es ist ergreifend, wie ein solcher Briefwechsel zwischen einer Dreiundzwanzigjährigen und dem einundfünfzigjährigen Rathenau, einer grenzenlos Liebenden und einem Schaffenden, alle Gegensätzlichkeit, allen Konfliktsstoff überwindet durch die tiefe Menschlichkeit, die wie ein unergründlicher Strom von Rathenau zu dem jungen Mädchen herüberströmt, durch die überlegene Geduld, von der jeder Gedanke befruchtet ist. Rathenau wird nicht müde, dem jungen Mädchen zu helfen und ihr einen Weg zu zeigen, auf dem sie glücklich werden kann und eine Lebensaufgabe zu erfüllen vermag. Und selbst dort, wo er abweisend ist in der Sache, wo er zurückweist, was sie ihm immer wieder darbringen möchte, findet er Worte tiefsten Verstehens, hüllt die Absage in eine Form, die in ihrer Zartheit und Unverletzbarkeit wie ein seltenes Geschenk wirken muss und auch zweifellos gewirkt hat, denn niemals wird eine solche, in der Sache ganz klare und harte Abweisung zur Klippe, an der die Freundschaft zerschellt. Sie wird im Gegenteil zu einem Bande des immer tieferen Vertrauens und der unveränderten Achtung.



Nur ein kleiner Teil dieses Briefwechsels lässt sich an dieser Stelle ausschöpfen. Er kann nur wenig von dem andeuten, was Jahre hindurch zwei Menschen verband, aber bereits dieser kleine Ausschnitt zeichnet ein anderes Bild des Menschen Walter Rathenau, als es die Werke des grossen Politikers und Wirtschaftlers und die übrigen veröffentlichten Briefe an Freunde vermitteln können. Vor allem aber werden die Frauen hier eine Einführung in das Schaffen Walter Rathenaus finden, die vielen willkommen sein wird. Darüber hinaus aber ringt dieser einzigartige Briefwechsel um ein Problem von allgemeiner menschlicher Bedeutung: Die Beziehungen eines Schaffenden und einer Liebenden finden hier eine Prägung ganz seltener Art, die nur möglich ist, wenn von beiden oder wenigstens von einer Seite eine überragende geistige Höhe und Selbstsicherheit erreicht ist, die doch ihre Wurzeln im Erdreich tiefsten Verstehens alles Menschlichen nicht verdorren liess. Gerade unserer Zeit, die nach neuen Formen im Verhältnis von Mann und Frau sucht, die an die Stelle von Gewohnheit und Erstarrung lebendigere Werte setzen will, kann dieser Briefwechsel in seiner ethischen Haltung, seiner selbstverständlichen, hohen Sittlichkeit und dem Verantwortungsbewusstsein des geistig Führenden ein Wegweiser sein.

Dr. Else Möbus.

---

SPD. Seltsames Wiederfinden.<sup>x</sup> Die deutsche Kunstfliegerin Antonie Strassmann, die seit einigen Jahren in Amerika lebt und dort für den Flugzeugsport wirbt, hatte kürzlich ein seltsames Erlebnis. Die Fliegerin war im Flugzeug aufgestiegen und sprach von oben zum Publikum über die Bedeutung des Flugsports. Die Rede wurde durch Lautsprecher weitergegeben, und an der unteren Seite des Flugzeuges - es war um die Abendstunde - war in grossen Lichtbuchstaben der Name der Fliegerin angebracht. Am nächsten Morgen suchte ein alter Mann die Fliegerin auf und fragte sie mit Tränen in den Augen, ob sie miteinander Verwandte seien, da er den gleichen Namen führe. Sein Vater war vor 80 Jahren nach Amerika ausgewandert, er selbst hatte keine Beziehungen mehr zu der Familie, hing aber noch in Gedanken an seinen deutschen Verwandten. - Die Verwandtschaft war in der Tat vorhanden, wie sich durch Nachforschung herausstellte.

---

SPD. Bargeldlose Wirtschaft.<sup>x</sup> Frau Schnüzchen hat eine grosse Rechnung beim Kolonialwarenhändler. Neulich wollte sie wieder etwas kaufen, aber da sagte der Händler: "Tut mir leid, Frau Schnüzchen, aber ich kann nun nicht mehr für Sie anschreiben."

"Das tut nichts", meinte Frau Schnüzchen, "aber sagen Sie mal, können Sie sich denn das alles so im Kopfe merken?"

---

SPD. Ein Kavalier.<sup>x</sup> Fräulein Mülle wundert sich auf dem Boulevard des Italiens in Paris: "Mein Gott, was hier für ein Sprachendurcheinander herrscht! Das erinnert einen ja an die Sprachverwirrung zu Babylon."

"Du lieber Himmel", erwidert ihr Begleiter, "damals haben Sie also auch schon gelebt? Ich hätte Sie für wesentlich jünger gehalten."

---



# Preußischer Landtag

9. Sitzung.

SPD. Berlin, den 16. Juni 1932.

Die heutige Sitzung eröffnet Präsident Kerri um 11,15 Uhr. In den Reihen der nationalsozialistischen Fraktion sind wiederum einige Abgeordnete in der neuen SA-Uniform mit den Abzeichen ihrer Führerstellung in der SA. erschienen.

Das Haus überweist zunächst debattelos kommunistische Anträge in die Ausschussberatung, die u.a. das Verbot der Zugehörigkeit von Beamten zu bestimmten politischen Parteien aufheben wollen.

Zu der hierauf fortgesetzten Aussprache über die Amnestie sind die Beamten des Justizministeriums auf der Regierungsbank vertreten. Die allgemeine Aussprache für die zweite Lesung des von einer Mehrheit des Rechtsausschusses vorgelegten Entwurfs wird fortgesetzt mit Ausführungen des

Abg. Dr. Zubke (Dnat.) Der Redner betont, die Deutschnationalen nahmen zum Amnestiegesetz Stellung unter Berücksichtigung ihrer Grundeinstellung zur Rechts- und Strafrechtspflege. Der Rechtsfriede eines Volkes müsse gesichert sein; der Zweck jeder Strafe sei neben der Besserung des Ethos die Sühne für die begangene Straftat. Allerdings müsse man Härten ausgleichen, wie sie z.B. bei dem starren Strafrahmen unseres Strafgesetzes entstehen. Nach Abwägung aller Gesichtspunkte kommt die Deutschnationale Volkspartei grundsätzlich dazu, sich für ein Amnestiegesetz unter bestimmten Bedingungen einzusetzen und zwar nur soweit es sich um eine politische Amnestie handelt. Soweit es sich um Straftaten handelt, die aus wirtschaftlicher Not begangen sind, mag die Milderung durch das Gnadenrecht, wie es jetzt besteht, eintreten. Es liegt keine Veranlassung vor, für solche Fälle eine Sonderamnestie zu schaffen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus haben wir uns entschlossen, dem Amnestiegesetz zuzustimmen. Zum Schluss fordert der Redner, dass Morde und schwerer Raub von der Amnestie ausgeschlossen werden, sowie der Meineid.

Abg. Stendel (D.Vp.) erklärt, dass die volksparteilichen Abgeordneten gegen den Amnestieantrag stimmen würden, auch wenn die Abänderungsanträge angenommen würden. Sie würden aber für diese Abänderungsanträge stimmen, weil sie ihnen eine wesentliche Verbesserung des Antrages sehen, die in der Form, wie er aus dem Ausschuss herausgekommen ist, einfach unerträglich erscheint.

Abg. Freisler (Nat. Soz.): Staatsautorität setzt einen Staat voraus, das jetzige Gebilde ist kein Staat. Wir müssen die Zellen freibekommen, um die sozialdemokratischen Mörder und Korruptionsverbrecher und all die anderen republikanischen Verbrecher einzusperrern.

Abg. Nölting (Soz.) Die Hetze des Herrn Freisler lässt uns völlig kalt. Seine Wiederaufwärmung längst widerlegter Verleumdungen macht auf uns keinen Eindruck.

Damit schliesst die Debatte; es folgen die Amnestieanträge zugunsten der Bombenleger Klaus Heim und Genossen. Der Antrag auf Freilassung von Klaus Heim wird angenommen, ein kommunistischer Antrag gegen den § 218 abgelehnt.

Amnestieblamage der Kozi=Nazi=Koalition.

---

Nun begann die Abstimmung über den Amnestiegesetzentwurf der Nationalsozialisten, die einen grotesken Ausgang nahm, weil die auf diesen Entwurf eingeschworene Mehrheit ihr eigenes Gesetz zu Fall brachte.

Die Sozialdemokratie hatte nämlich einen Gesetzentwurf als Antrag eingebracht, der Straffreiheit für die sogenannten Notdelikte (Verbrechen aus Not)

und für die Personen forderte, die zur Verteidigung der Republik Straftaten begangen haben. In der Einleitung dieses Antrages hiess es ausdrücklich, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf die Fassung des Antrages erhalten, dass also an Stelle des Gesetzentwurfes der Antrag treten soll. Im Einklang mit der Geschäftsordnung sowie in Übereinstimmung mit einem vorher verteilten Abstimmungsplan liess der stellvertretende Präsident Wittmack zunächst über diesen Änderungsantrag der Sozialdemokratie abstimmen. Der erste Teil des Antrages, die Notamnestie wurde dabei mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums angenommen. Der zweite Teil, betreffend die politische Amnestie für die Schützer der Republik wurde abgelehnt, da die Kommunisten zusammen mit der Rechten dagegen stimmten.

Ebenso wurden angenommen die Bestimmungen über den Tag der Verkündung, Einleitung und Überschrift. Vizepräsident Wittmaack erklärte nunmehr, dass durch die Annahme dieses Antrages die Abstimmung über den Amnestieentwurf, den der Rechtsausschuss beschlossen hatte, hinfällig geworden sei, und schritt zur dritten Lesung.

In der dritten Lesung wurde der sozialdemokratische Antrag in der Form, die er in der zweiten Lesung erhalten hatte, (also nur Notamnestie, keine politische Amnestie) mit der gleichen Mehrheit wie vordem angenommen, und zwar zunächst in der Einzelabstimmung über die Paragraphen, dann auch in der Schlussabstimmung.

Erst als nun der Präsident zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergang, erhob sich auf den Bänken der Rechten und der äussersten Linken allgemeines Raunen, man merkte jetzt erst, was geschehen war. Es entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der zunächst von nationalsozialistischer und kommunistischer Seite verlangt wurde, dass über den Antrag des Rechtsausschusses abgestimmt werde.

Vizepräsident Wittmaack wies mit vollem Recht darauf hin, dass dies nicht ginge. Denn der Landtag habe soeben in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz beschlossen, das an Stelle des vom Rechtsausschuss vorgeschlagenen Gesetzes treten solle. Ebenso wies Abg. Leinert (Soz.) darauf hin, dass der Antrag der Sozialdemokratie eine Ablehnung des vom Rechtsausschuss angenommenen Entwurfes in sich schliesst, dass also diese Ablehnung durch den Landtag geschlossen worden sei.

Die radikalen Parteien sassen wie die begossenen Pudel und suchten vergeblich ihre Blamage hinter Drohungen und Schimpfereien zu verbergen. Schliesslich verlangten sie Unterbrechung und Zusammenberufung des Aeltestenrates, was einstimmig vom Hause beschlossen wurde. Im Aeltestenrat musste auch der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl zugeben, dass die Abstimmung durch den Vizepräsidenten Wittmaack vollkommen korrekt gehandhabt worden war.

Die Verhandlungspause dehnt sich über  $1\frac{1}{2}$  Stunden aus. Nach Wiedereröffnung der Sitzung entwickelt sich sofort wieder eine lebhaftes Geschäftsaussprache.

Präsident Kerrl stellt fest, dass nach dem Beschluss des Aeltestenrats eine Wiederholung der Abstimmung nicht möglich sei, wenn aus dem Hause widersprochen werde. Er frage deshalb, ob Widerspruch erfolge.

Die Sozialdemokraten widersprechen der Wiederholung der Abstimmung. Nationalsozialisten und Kommunisten antworten mit anhaltenden Pfui- und Niederrufen.

Abg. Freisler (Nat. Soz.) bringt darauf erneut den nationalsozialistischen Amnestieantrag ein.

Da gegen die Beratung aller neuen Amnestieanträge Widerspruch erhoben wird, wird nun über den folgenden Antrag Heilmann (Soz.) beraten:

"Im Zusammenhang mit den im Landtag durchgeführten Verhandlungen über ein Amnestiegesetz wird das Justizministerium ersucht, sofort eine Strafunterbre-  
chung bezw. einen Strafaufschub bei den politischen Gefangenen eintreten zu lassen, deren Straftaten weder nach ihrer Art noch nach den eingetretenen Folgen als besonders verwerflich und schwerwiegend erschienen. In der gleichen Weise soll in Disziplinarsachen verfahren werden."

Dieser Antrag wird angenommen. Nachdem hielt Kube (Natsoz.) eine einstündige Hetzrede gegen das Zentrum.

Es folgen die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung. Finanzminister Dr. Klepper setzt die Notlage auseinander, durch die die Preussische Staatsregierung sehr gegen ihren Willen zu neuen Belastungen gezwungen worden sei.

Die Debatte geht weiter. Man erwartet ihr Ende erst in den frühen Morgenstunden.

-----  
Landtags=Stimmungsbild.  
-----

SPD. Der Preussische Landtag setzte am Donnerstag die Amnestiedebatte fort. Genosse Gehrman legte in eingehender Rede dar, dass die Bombenwerfer Claüs Heim und Herbert Volck nicht die Idealisten seien, als die man sie hingestellt hat, die aus tiefstem Mitleiden mit der Not der Landwirtschaft zu der verzweifelten Waffe des Dynamits gegriffen hätten, sondern politische Abenteuerer wilden Stils, radikale Staatsfeinde, die weder vor dem Gesetz noch vor dem Menschenleben irgendwelche Achtung gezeigt hätten. Genossin Kröger trat für die Beseitigung des § 218 ein, die umso dringender sei, als ja das Kabinett Papen mit dem Wohlfahrtsstaat Schluss machen und der Arbeiterklasse die Möglichkeit rauben will, ihre Kinder vor dem Hunger sicherzustellen. Entsprechend der Stellung zum § 218 trat Genossin Kröger auch für die Amnestierung der Frauen ein, die gegen ihn verstossen haben. Nur das gewinnsüchtige Kurpfuschertum, die gewerbsmässige Abtreibung soll von der Straffreiheit ausgenommen werden.

Im übrigen brachte die Amnestiedebatte eine wüste Hetzrede des Nationalsozialisten Dr. Freisler gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen unsern Redner in der Amnestiedebatte Genossen Kuttner, dem er ziemlich unverhüllt - ohne vom Präsidenten gehindert zu werden - die Ermordung androhte und dem er in Aussicht stellte, dass er künftig mit Gewalt am Reden im Landtag gehindert werden würde. Genosse Nölting erwiderte im Auftrag der Fraktion, dass weder die aufgewärmten Verleumdungen noch die arroganten Drohungen der Nationalsozialisten auf uns irgendwelchen Eindruck machen.

Dann kam es zur Abstimmung über die Amnestieanträge, und damit begann das grosse Theater. Zuerst gelangte zur Abstimmung der sozialdemokratische Antrag auf Straffreiheit der aus Not verübten Delikte namentlich Arbeitsloser, ein Antrag, der im Rechtsausschuss bereits einmal abgelehnt, aber neu eingebracht war. In der Vollversammlung stimmten Zentrum und Kommunisten dafür, und damit war die Amnestie=Notdelikte beschlossen. Sie wurde nach der zweiten auch sofort in dritter Lesung verabschiedet, obwohl der amtierende Vizepräsident Genosse Wittmaack ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der sozialdemokratische Antrag dahinginge, anstelle der Amnestie politischer Gewaltverbrecher die Straffreiheit für Notdelikte zu setzen.

Erst nach der endgültigen Annahme unseres Gesetzentwurfs in dritter Lesung merkten Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, dass damit zugleich alle ihre politischen Amnestieanträge abgelehnt waren. Sie versuchten nun mit allen möglichen Mitteln, diese Anträge wieder aufzunehmen. Das Haus wurde vertagt und der Aeltestenrat zweimal zusammenberufen; aber auch in ihm konnte den Rechts- und den Linksbolschewisten nichts anderes gesagt werden, als dass eben ihre Anträge abgelehnt waren und dass sie höchstens neue Anträge auf Amnestie einbringen könnten. Entgegenkommender- und liebenswürdigerweise erklärte sich die Sozialdemokratie sogar bereit, diese neuen Anträge ohne Wahrung der geschäftsordnungsmässigen Fristen schon in der nächsten Woche zur Beratung und Abstimmung kommen zu lassen.

Aber auch nach Wiedereröffnung der Vollsitzung hielten Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale um die Wette Schimpfreden auf die Sozialdemokratie. Text: wenn durch ihre Unaufmerksamkeit sie falsch abgestimmt hätten, müsse die Sozialdemokratie ihnen erlauben, den Fehler sofort wieder gutzumachen. Die Sozialdemokratie hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie Gegner der unterschiedslosen Freilassung aller möglicher Gewaltverbrecher ist, weil sie in dieser Prämierung der Gewaltverbrechen den Weg zum Sieg des Faschismus erblickt. Also beharrte die Sozialdemokratie selbstverständlich auf ihrem Widerspruch, entgegen der Geschäftsordnung diese Sorte Amnestiegesetze heute wieder aufzunehmen. Nachdem die Parteien der Gewaltverbrecher sich genügend ausgeschimpft hatten, - es dauerte mehrere Stunden - merkten sie endlich, dass sie gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie doch nichts erreichen könnten. Die Deutschnationalen brachten daher eine Resolution ein, die Regierung solle in Erwartung der kommenden Amnestie die Gewaltverbrecher einstweilen freilassen. Erneut wurde das Haus vertagt, um der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, ihren Widerspruch gegen die sofortige Beratung des Antrages zurückzuziehen. Selbstverständlich lehnte die sozialdemokratische Fraktion auch das ab. Um aber nicht den Schein aufkommen zu lassen, als sollten um ihretwillen kleine Sünder, die zu hart bestraft wären, länger in den Gefängnissen bleiben, brachte sie ihrerseits den Antrag ein, das Staatsministerium möge von sich aus alle politischen Gefangenen deren Tat weder nach der Art des Verbrechens noch nach den Folgen besonders schwerwiegend oder verwerflich sei, durch Strafunterbrechung oder Strafaufschub begnadigen. Süßauer mussten alle Parteien sich damit einverstanden erklären, dass nur dieser sozialdemokratische Antrag zur Beratung kam; er wurde im weiteren Verlauf der ausgedehnten Sitzung angenommen. Weil, wie Herr Kube das treffend ausdrückte, die Sozialdemokratie eben geschäftsordnungsmässig alle Trümpfe in der Hand hatte! - Das Zentrum hatte sich den ganzen Tag über an der Debatte nicht beteiligt; es wusste nicht recht, ob es für oder gegen die Amnestie ist, ob es mit den Nationalsozialisten schon eine Vereinbarung über die Straffreiheitsgesetze getroffen hätte oder nicht, es wusste überhaupt nichts mehr, es stellte sich tot. Erst als in einer seiner Geschäftsordnungsreden Herr Kube die Bemerkung machte, dass der Zentrumsjustizminister Dr. Schmidt nur eine Strönpuppe der Sozialdemokratie sei, wagte der Zentrumsführer Abgeordneter Steiger ein Wort des Widerspruchs. Hierauf setzten die Nationalsozialisten mit stundenlangen wüstesten Beschimpfungen des Zentrums ein. Brüning und Schmidt, Hirt-siefer und Steiger, Letterhaus und die ganze Zentrumsfraktion wurden in den Orkus nationalsozialistischer Verdammnis geschleudert und die "schwarzen Marxisten" als viel schlimmere Teufel abgemalt als selbst die roten Markisten. Dann wurden auch gegen das Zentrum die wüstesten Drohreden gehalten und ihm angekündigt, es gäbe keine Koalition mit den Nationalsozialisten, in der nicht diese allein und hundertprozentig bestimmten, was zu geschehen hätte.

Man darf diese Liebenswürdigkeiten freilich nicht überschätzen. Vielleicht klingt die Sprache der Nationalsozialisten nach der Reichstagswahl ganz anders. Aber einstweilen haben sie Weisung aus München, jede Möglichkeit der Regierungsbeteiligung und Verantwortungsübernahme kaputt zu machen. Das haben sie heute gründlich besorgt!